



**Controllingberichte der  
thematischen Kommissionen  
zu den politischen  
Leistungsaufträgen der  
Rechnung 2020**



Grand Conseil  
Commission des finances

Grosser Rat  
Finanzkommission

**CANTON DU VALAIS**  
**KANTON WALLIS**

# **Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020**

## **Kantonale Finanzverwaltung Kantonale Steuerverwaltung**

Die Finanzkommission ist am 11. Mai 2021, von 10:00 bis 12.00 Uhr, im Konferenzraum «Le Théâtre» des Gebäudes «Le Foyer» im Technopôle in Siders zusammengetreten.

FIKO: Mischa Imboden, Präsident, Mikaël Vieux, Vizepräsident, Claire-Lise Bonvin, Corinne Card, Muriel Favre-Torelloz, Rahel Pirovino-Indermitte, Alexander Allenbach, Benoît Bender, Thomas Birbaum, Maxime Collombin und Julien Monod

Entschuldigt: Blaise Carron und Julien Dubuis

Eingeladene: Roberto Schmidt, Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE)  
Pierre-André Charbonnet, Chef der kantonalen Finanzverwaltung (KFV)  
Damian Locher, stellvertretender Chef der KFV und Chef der Hauptbuchhaltung  
Beda Albrecht, Chef der kantonalen Steuerverwaltung (KSV)  
Bernard Morand, stellvertretender Chef der KSV und Chef der Sektion juristische Personen

Sekretariat: Kantonales Finanzinspektorat, durch Blaise Rey

# Kantonale Finanzverwaltung

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	Für alle prioritären Massnahmen wurde die Zielsetzung erreicht oder gar übertroffen. Zudem wurden die vorgegebenen Fristen eingehalten.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen Das Rechnungsjahr 2020 war geprägt von der Umsetzung der strukturellen Reform der PKWAL, die am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist. Diese Reform wurde vom Parlament im Dezember 2018 beschlossen.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	Für alle Indikatoren wurde die Zielsetzung erreicht oder gar übertroffen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	Die hauptsächlichen Abweichungen betreffen folgende Rubriken: 30 Personalaufwand Fr. 195,6 Mio. 36 Transferaufwand Fr. 23,27 Mio. 38 Ausserordentlicher Aufwand Fr. 50,00 Mio. 41 Regalien und Konzessionen Fr. 80,82 Mio. 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen Fr. 316,90 Mio.
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen Die Rechnung 2020 berücksichtigt den im Rahmen des Projekts «Effizienz +» beschlossenen Wechsel der Sektion Gehälter zur Dienststelle für Personalmanagement (DPM). Die historischen Daten des Budgets 2020 und der Rechnung 2019 (für die Personal- und Finanzressourcen) wurden entsprechend angepasst, wie auch die übrigen Elemente des Leistungsauftrags der KfV.		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen Im Jahr 2020 hat die KFV 0,1 VZE von der Stabsstelle des Departements zur DPM transferiert. Folglich beläuft sich die Zahl der Angestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis auf 44,25 VZE (gegenüber 44,35 im Jahr 2019).		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen Der ausserordentliche Aufwand von 50 Millionen Franken (nicht budgetiert) entspricht der Äufnung der finanzpolitischen Reserve.		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)**

**1. Prioritäre Massnahmen**

**2. Indikatoren**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle**

# Kantonale Steuerverwaltung

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>																								
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>																										
Eventuelle Bemerkungen																										
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>																										
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	Für alle prioritären Massnahmen wurde die Zielsetzung erreicht oder gar übertroffen. Die Quellensteuerverwaltung auf SAP wurde in Betrieb genommen.																								
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja																									
Ergänzende Bemerkungen																										
<b>3. Leistungsindikatoren</b>																										
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	Für alle Indikatoren wurde die Zielsetzung erreicht oder gar übertroffen. Die Veranlagungsarbeiten für die Steuerperiode 2019 waren per 31.12.2020 zu 84,22 Prozent abgeschlossen (gegenüber 81,62 Prozent per 31.12.2019 für die Steuerperiode 2018). Die Veranlagungsarbeiten wurden also weder durch die Gewährung einer zusätzlichen Frist für die Einreichung der Steuererklärung noch durch den Corona-Lockdown negativ beeinflusst. Dies ist namentlich der Einführung der ausserordentlichen Telearbeit zu verdanken und war trotz der Zunahme der Anzahl Dossiers (rund 3'500 neue Steuerpflichtige für die Steuerperiode 2019) und der sich daraus ergebenden Arbeitsbelastung möglich.																								
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?																										
Ergänzende Bemerkungen																										
<b>4. Finanzressourcen</b>																										
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	Die Zunahme der Steuereinnahmen um 42,58 Millionen Franken (Rubrik 40) ist insbesondere auf folgende Faktoren zurückzuführen: <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">Einkommenssteuer NP</td> <td style="width: 10%; text-align: right;">Fr.</td> <td style="width: 20%; text-align: right;">-15,84 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Vermögenssteuer NP</td> <td style="text-align: right;">Fr.</td> <td style="text-align: right;">2,22 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Quellensteuer NP</td> <td style="text-align: right;">Fr.</td> <td style="text-align: right;">1,97 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Gewinnsteuer JP</td> <td style="text-align: right;">Fr.</td> <td style="text-align: right;">21,85 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Kapitalsteuer JP</td> <td style="text-align: right;">Fr.</td> <td style="text-align: right;">2,08 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Erbschafts- und Schenkungssteuer</td> <td style="text-align: right;">Fr.</td> <td style="text-align: right;">21,75 Mio.</td> </tr> <tr> <td>Kapitalgewinnsteuer</td> <td style="text-align: right;"><u>Fr.</u></td> <td style="text-align: right;"><u>8,42 Mio.</u></td> </tr> <tr> <td><b>Total</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Fr.</b></td> <td style="text-align: right;"><b>42,45 Mio.</b></td> </tr> </table>	Einkommenssteuer NP	Fr.	-15,84 Mio.	Vermögenssteuer NP	Fr.	2,22 Mio.	Quellensteuer NP	Fr.	1,97 Mio.	Gewinnsteuer JP	Fr.	21,85 Mio.	Kapitalsteuer JP	Fr.	2,08 Mio.	Erbschafts- und Schenkungssteuer	Fr.	21,75 Mio.	Kapitalgewinnsteuer	<u>Fr.</u>	<u>8,42 Mio.</u>	<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>42,45 Mio.</b>
Einkommenssteuer NP	Fr.	-15,84 Mio.																								
Vermögenssteuer NP	Fr.	2,22 Mio.																								
Quellensteuer NP	Fr.	1,97 Mio.																								
Gewinnsteuer JP	Fr.	21,85 Mio.																								
Kapitalsteuer JP	Fr.	2,08 Mio.																								
Erbschafts- und Schenkungssteuer	Fr.	21,75 Mio.																								
Kapitalgewinnsteuer	<u>Fr.</u>	<u>8,42 Mio.</u>																								
<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>42,45 Mio.</b>																								
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja																									

Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen</p> <p>Im Jahr 2020 übermittelte der Bund den Kantonen erstmals das Ergebnis einer Risikobewertung im Zusammenhang mit der Möglichkeit für Steuerpflichtige, die Rückerstattung der Verrechnungssteuer der Vorjahre innerhalb der gesetzlichen Frist von drei Jahren zu fordern. Für den Kanton Wallis beläuft sich die empfohlene Rückstellung auf 75,9 Millionen Franken. Die KSV ist der Meinung, dass dieser Betrag angesichts der Erträge der letzten drei Jahre zu hoch angesetzt ist.</p> <p>Per 31. Dezember 2020 verfügt die KSV über eine Rückstellung von 8 Millionen Franken (gegenüber rund 17 Mio. Franken per 31.12.2019), um diesem Rückerstattungsrisiko Rechnung zu tragen.</p>		
<b>5. Personal</b>		
<p>Eventuelle Bemerkungen</p> <p>2020 belief sich die Zahl der Angestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis auf 174,8 VZE (gleich wie 2019).</p>		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<p>Bemerkungen</p> <p>Für den Bericht e-DIKS 2020 wurde die Methodik für die Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen zu den verschiedenen Produktgruppen überprüft und verbessert, um die Lesbarkeit der Rechnung zu erhöhen. Diese Änderungen haben keinen Einfluss auf das Gesamt- und Endergebnis der Rechnung der KSV. In einer Produktgruppe kann diese neue Methode allerdings zu Abweichungen im Vergleich zur Rechnung 2019 oder zum Budget 2020 führen. Für die Rechnung 2020 wird sich dieses Problem nicht mehr stellen, da sowohl Rechnung 2020 als auch Budget 2021 gemäss diesem neuen Ansatz angepasst wurden.</p>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle



Grand Conseil  
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat  
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

# Controllingbericht

## zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020

Staatskanzlei  
Kantonale Dienststelle für Informatik  
Dienststelle für Personalmanagement  
Rechtsamt für Finanzen und Personal  
Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten  
Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie  
Dienststelle für Betriebs- und Konkurswesen

Die Kommission für Institutionen und Familienfragen (IF) ist am Dienstag, 12. April 2021, von 09:00 bis 15:15 Uhr im Konferenzraum 1 des Espace Porte de Conthey in Sitten zusammengetreten.

### Kommission IF

Mitglieder	12.04.2021
GUEx Jean-Pierre, PDCB, Präsident	X
DESSIMOZ Céline, Les Vert.e.s, Vizepräsidentin	X
MARQUIS Gervaise, PLR, Berichterstatterin	TRISTAN Martine
AYMON Valentin, AdG/LA	X
BORGEAT Raymond, AdG/LA	X
GENOUD Méryl, PLR	X
GRABER Michael, SVPO	FUX Sandro
IMBODEN Mischa (Suppl.), CVPO	X
KUONEN Manfred (Suppl.), CSPO	HALLENBARTER Jürg
LOGEAN Grégory, UDC	X
LÖTSCHER Martin, CVPO	Entschuldigt
RODUIT Myriam, PDCC	X
VOEFFRAY BARRAS Chantal, PDCC, Ad-hoc-Berichterstatterin	X

### Parlamentsdienst

MOULIN Benoîte, wissenschaftliche Mitarbeiterin

### FIKO

FAVRE-TORELLOZ Muriel, PDCB

## Kantonsverwaltung

FAVRE Frédéric, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

CHEVRIER Maurice, Chef der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten (DIKA)

SALAMIN Andrea-Fabio, Controllingverantwortlicher beim DSIS

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE)

THEYTAZ Isabelle, Controllingverantwortliche beim DFE

BRIAND Gilbert, Chef der Dienststelle für Personalmanagement (DPM)

KNUBEL-MARIETHOZ Carine, Adjunktin bei der DPM

BERCLAZ Claude-Alain, Chef der Dienststelle für Informatik (KDI)

SPÖRRI Philipp, Staatskanzler

MUDRY André, Vizekanzler und Informationschef des Staates Wallis

THEYTAZ Stéphane, Verantwortlicher für das Regierungscontrolling

WAEBER-KALBERMATTEN Esther, Staatsrätin, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

EGGEL Rolf, Controllingverantwortlicher beim DGSK

DARBELLAY-METRAILLER Isabelle, Chefin des kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie (KAGF)

Z'BRUN Karla, Adjunktin bei der Dienststelle für Betriebs- und Konkurswesen (DBK)

AEBY Nathalie, wirtschaftliche Mitarbeiterin bei der DBK

## Staatskanzlei

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: Der Staatsrat hat insgesamt 175 Entscheide im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie getroffen. Diese Zunahme des Arbeitsvolumens hat die Staatskanzlei stark unter Druck gesetzt. Als Stabsstelle der Regierung hat die Staatskanzlei ihre Rolle im Bereich der departementsübergreifenden Koordination voll und ganz wahrgenommen, insbesondere im Rahmen der Vorbereitung der Nachtragskredite, die dem Grossen Rat im vergangenen Herbst unterbreitet wurden.		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	<p><b>Ind. 5:</b> Das Ziel in Bezug auf die Anzahl Medienkonferenzen wurde aufgrund der Pandemie nicht erreicht. Es musste auf andere Kommunikationskanäle (insbesondere das Internet) ausgewichen werden.</p> <p><b>Ind. 7:</b> Die gutgeheissenen Beschwerden betrafen insbesondere Fragen im Bereich der Aufenthaltsbewilligungen. In diesem Bereich führt eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichts dazu, dass frühere Entscheide der Staatskanzlei aufgehoben werden.</p> <p><b>Ind. 9:</b> Dank der Personalaufstockung im Jahr 2019 konnte der Bestand an Beschwerden aus den Vorjahren reduziert werden. Im Zuge der Corona-Pandemie wird die Staatskanzlei mit neuen Beschwerden regelrecht überhäuft.</p>
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	<p><b>Rubr. 31:</b> Differenz von 400'000 Franken im Zusammenhang mit der Rückvergütung der Portokosten für die zweite Zustellung der Betreuungsurkunden durch die Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen.</p> <p><b>Rubr. 49:</b> Zusätzliche Einnahmen von 555'000 Franken im Zusammenhang mit der Rückvergütung der Portokosten durch die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt.</p>
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Rubrik 30: Die Zunahme um 200'000 Franken zwischen den Rechnungen 2019 und 2020 ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die beiden im Jahr 2019 gewährten VZE ihre Arbeit nicht zu Beginn des Jahres aufgenommen haben.		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

# Kantonale Dienststelle für Informatik

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: Detaillierte Informationen zur Überwachung des Teilziels 2 betreffend die Informatikstrategie sind dem Bericht der Kommission IF über die Umsetzung der Informatikstrategie zu entnehmen.		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <b>PM 11:</b> Es wird daran erinnert, dass die Kosten im Zusammenhang mit der Informatikstrategie im Budget der KDI berücksichtigt werden müssen, um einen späteren Nachholbedarf zu vermeiden. Die Kosten werden natürlich geplant und in der IMP berücksichtigt.		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	Die <b>Indikatoren 3 und 4</b> konnten aufgrund der Pandemie nicht erreicht werden. Die Sensibilisierungskurse mussten abgesagt werden. <b>Ind. 11:</b> Das Staatsarchiv musste eine Ausschreibung durchführen, um die Einführung von ECM in den Dienststellen voranzutreiben. Ohne diese externe Fachunterstützung würde es rund 20 Jahre dauern, bis ECM in allen Dienststellen eingeführt ist. Das Mandat wurde im Mai 2020 vergeben und das Projekt ist im Juni 2020 wieder angelaufen. Der Rückstand wird demnächst wettgemacht sein.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	Die Inanspruchnahme des Fonds zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts für die IT-Nachrüstung war geringer als erwartet. Ausführlichere Erläuterungen sind im Jahresbericht über die Umsetzung der Informatikstrategie an den Grossen Rat zu finden.
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

## Dienststelle für Personalmanagement

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Eventuelle Bemerkungen:</p> <p>Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat die DPM im vergangenen Jahr stark in Beschlag genommen. So mussten Schutzkonzepte für sämtliche Dienststellen erarbeitet, Entscheide und Weisungen vorbereitet und die Mitarbeitenden informiert werden. Überdies wurde eine psychologische Betreuung für die Mitarbeitenden eingerichtet.</p> <p>Sämtliche Dienststellen mussten mit Desinfektionsmitteln und Plexiglasscheiben ausgerüstet werden. Die Reinigung und Desinfektion der Räumlichkeiten wurde in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie organisiert.</p> <p>Zur Beantwortung der Fragen der Mitarbeitenden rund um die Corona-Pandemie wurde eine FAQ aufgeschaltet.</p> <p>Um Mitarbeitende, deren Arbeitsbelastung abgenommen hat, Dienststellen mit einer erhöhten Arbeitsbelastung zuzuweisen, wurde eine Börse für Personalressourcen eingerichtet.</p> <p>Die Einführung der ausserordentlichen Telearbeit war für die DPM ebenfalls eine grosse Herausforderung. Im Hinblick auf die Konsolidierung der ordentlichen Telearbeit wurden Umfragen bei den Dienstchefs und den Mitarbeitenden durchgeführt, die in eine Strategie münden sollen. Diese wird demnächst im Rahmen einer Medienkonferenz vorgestellt. Die diesbezüglichen Richtlinien wurden bereits angepasst und es ist nun möglich, ein Gesuch um ordentliche Telearbeit zu stellen.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	<p><b>PM 4:</b> Digitalisierung der Prozesse: Online-Bewerbungen sind mittlerweile möglich. Der Rekrutierungsprozess wird dadurch effizienter. Für die Zeitwirtschaft und die Automatisierung verschiedener HR-Anfragen wurde ein Mitarbeiterportal eingerichtet.</p> <p><b>PM 6:</b> Infolge der Pandemie mussten Kaderschulungen abgesagt werden.</p>
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	<p><b>Ind. 6: Abwesenheitsquote:</b> Die krankheitsbedingten Abwesenheiten von mehr als drei Tagen haben zugenommen, was wahrscheinlich auf die Pandemie zurückzuführen ist, auch wenn die Ursachen für diese Abwesenheiten aufgrund des Arztgeheimnisses nicht in Erfahrung gebracht werden können.</p> <p><b>Ind. 7:</b> 2020 gab es bei der Kantonsverwaltung weniger Abgänge, was möglicherweise mit den coronabedingten Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt.</p>

Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?		
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

## Rechtsamt für Finanzen und Personal

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: Dieses Amt leistet juristische Unterstützung im Bereich des Personalmanagements. Der Staat sieht sich mit einer Zunahme an Beschwerden gegen Entlassungen konfrontiert. Das Amt ist für die Rückforderung der Beträge im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege und der OHG-Entschädigungen zuständig. Es hat im Rahmen der Revision des PKWAL-Gesetzes juristische Unterstützung geleistet. Im Rahmen des Programms «Effizienz +» wurde dieses Amt aufgelöst und sein ehemaliger Chef in die Stabseinheit des Departements versetzt. Das Inkasso der Rückerstattungen im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege wurde an das Amt für Inkasso und Spezialsteuern der kantonalen Steuerverwaltung (KSV) übertragen. Die betroffenen Mitarbeitenden wurden ebenfalls in die KSV versetzt.		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>5. Personal</b>		

Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

### Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

#### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	<b>PM 2:</b> Einführung einer neuen Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit der brieflichen Stimmabgabe: Diese neue Massnahme wird erstmals im Rahmen der nächsten eidgenössischen Abstimmung zur Anwendung kommen. Die Präsidiumswahlen in Naters werden noch gemäss geltendem System stattfinden, also ohne zusätzliche Sicherheitsmassnahmen.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <b>E-Voting:</b> Gegenwärtig befindet sich das Projekt zur Einführung des E-Votings in einer Sackgasse. Nur eine gemeinsame Vision auf Schweizer Ebene kann aus dieser Sackgasse führen. Bund und Kantone müssen zusammenarbeiten, um eine sichere Lösung zu finden. <b>PM 1:</b> Teilrevision der Kantonsverfassung: Die Gewährleistung des Bundes wurde erteilt. Die Validierungskommission konnte Anfang April in voller Kenntnis der Wahlergebnisse tagen.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	

Ergänzende Bemerkungen: <b>Ind. 3:</b> Es hat sich ein Fehler eingeschlichen: Unter «Realisiert» müsste 153 und nicht 100 stehen.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <b>Rubr. 36:</b> Infolge der Annahme eines dringlichen Postulats wurde der Diözese Sitten eine zusätzliche Finanzhilfe gewährt, um die Verluste im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu kompensieren. <b>Rubr. 35:</b> Einlage in den Fusionsfonds: Im Jahr 2020 wurde keine Entnahme vorgenommen, sondern lediglich die jährliche Einlage von 2'000'000 Franken. 2021 wurden mehrere Zahlungen vorgenommen: 2,7 Millionen Franken für die Fusion Bagnes-Vollèges, 2,8 Millionen Franken für die Fusion Martigny-Charrat und 2,3 Millionen Franken für die Fusion Miège-Venthône-Veyras. Gegenwärtig schreibt der Fonds trotz Einlage 2021 rote Zahlen (–600'000 Franken).		
<b>5. Personal</b>		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

## Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen:		
<p><b>PTZ 3:</b> Bekämpfung häuslicher Gewalt: Im Bericht der Kommission IF zum Budget 2020 wies das Amt auf einen Mangel an Aufnahmestrukturen für Opfer von häuslicher Gewalt zwischen Martigny und dem unteren Kantonsteil hin. Seit September 2020 ist in der Region Monthey eine Wohnung verfügbar. Im Sommer 2021 wird eine erste Bilanz gezogen. Im Jahr 2020 war die Wohnung ständig belegt.</p> <p>Ende 2020 wurden im Rahmen der STAF finanzielle Mittel gewährt, die es dem Amt ermöglichten, Projekte im Bereich der Prävention von häuslicher Gewalt durchzuführen, die sich insbesondere an junge Paare richteten. Ziel ist es, jedes Jahr eine solche Präventionskampagne in den sozialen Netzwerken durchzuführen, um junge Menschen zu sensibilisieren.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	<b>PM 1:</b> Aufgrund der Pandemie mussten Treffen abgesagt oder virtuell durchgeführt werden.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	–	
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	–	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
Rechnung und Budget weichen nur geringfügig voneinander ab. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen insbesondere die Absage oder Verschiebung verschiedener Treffen.		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)**

**1. Prioritäre Massnahmen**

**2. Indikatoren**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle**

## Dienststelle für Betriebs- und Konkurswesen

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen:		
<p>2020 stand noch im Zeichen der alten Organisation der DBK. Die vom Parlament im vergangenen Jahr gewollte vollständige Neuorganisation ist gegenwärtig im Gange. Diese neue Organisation sieht 5 Betriebsämter und 3 Konkursämter vor. Die Details dieser Neuorganisation werden unter den prioritären Massnahmen des Jahres 2020 erläutert.</p> <p>Infolge der Corona-Pandemie werden die Konkurse und Betreibungen wahrscheinlich zunehmen, dank der Finanzhilfen des Staatsrates allerdings nicht sofort. Derzeit verzeichnet die Dienststelle eher eine Stabilisierung der Betreibungen und Konkurse. Eine Analyse der ersten drei Monate des Jahres 2021 zeigt, dass das Betreibungsvolumen im Vergleich zur Vorjahresperiode unverändert geblieben ist.</p> <p>Die ebenfalls vom Coronavirus betroffenen Versteigerungen werden im Mai 2021 wieder aufgenommen, sofern es die gesundheitliche Situation erlaubt.</p> <p>Im Zuge der Coronakrise wurden vermehrt Auszüge über das Internet beantragt. Mit der elektronischen Übermittlung der Rechnungen an die kantonale Steuerverwaltung wurde ein weiterer Schritt in Sachen Digitalisierung der Prozesse unternommen.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag	Ja	

enthaltene Erklärungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen:		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: Ende 2020 hat das Finanzinspektorat die Rechnungen 2019 und 2020 der Dienststelle geprüft. Der Bericht wurde dem Verantwortlichen Mitte März unterbreitet. Die Prüfung hat ergeben, dass die Rechnungen 2019 und 2020 konform sind.		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2021)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Der Präsident  
Jean-Pierre Guex

Die Ad-hoc-Berichterstatlerin  
Chantal Voeffray Barras



# Controlling der politischen Leistungsaufträge der Rechnung 2020

**Dienststelle für Raumentwicklung  
Dienststelle für Umwelt  
Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft  
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere  
Dienststelle für Grundbuchwesen  
Dienststelle für Geoinformation  
Dienststelle für Landwirtschaft**

## 1. Ablauf der Arbeiten

Die Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt (LTU) ist am Freitag, 16. April 2021, von 09:00 bis 16:00 Uhr, in der Mediathek Wallis (Konferenzraum Les Arsenaux) in Sitten zusammengetreten.

### Kommission LTU

Mitglieder	Vertreten durch	16.04.2021
JUON Urs, CVPO, Präsident		X
DELALOYE Mathias, UDC, Vizepräsident		X
REVAZ Emmanuel, Les Verts, Berichterstatter		X
BAYARD Marcel, PDCC	ZUFFEREY Philomène	X
CONSTANTIN Sarah, AdG/LA	ANCAY Tarcis	X
DELASOIE Stève, PLR		X
FONTANNAZ Blaise, PDCC		X
EGGEL Dominic, CVPO	ZENHÄUSERN Marcel	
FRACHEBOUD Christian, PLR		X
GRUBER Rolet, CSPO	HALLENBARTER Jürg	X
LIPS Aida (Suppl.), UDC, Ad-hoc- Berichterstatterin	MOOS Marylène	X
PERRIN Ismaël, PDCB		X
SCHALLER Flavien	MARIETHAN Xavier	X

**Vertreter der FIKO:** CLERC Mathieu, Les Verts

**Vertreter der GPK:** SCHMIDHALTER-NÄFEN Doris, AdG/LA

**Parlamentdienst:** MOULIN Benoîte, wissenschaftliche Mitarbeiterin

**Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)**

MELLY Jacques, Staatsrat, Vorsteher des DMRU

MOIX Daniel, Verantwortlicher für das Departementscontrolling, DMRU  
 BOURQUIN Nicolas, Chef der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW)  
 DUBOIS Philippe, Wildhüter, DJFW  
 JOSSEN-ANDEREGGEN Corina-Olivia, Sachbearbeiterin, DJFW  
 GENOLET-LEUBIN Christine, Chefin der Dienststelle für Umwelt (DUW)  
 CLIVAZ Jean-Christophe, Adjunkt bei der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (DWFL)  
 SAVIOZ Kathya, Bereichsleiterin Finanzen und HR, DWFL  
 METTAN Nicolas, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung (DRE)  
 CHESEAUX Christelle, Verantwortliche Administration und Finanzen, DRE

### Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)

DARBELLAY Christophe, Staatsrat, Vorsteher des DVB  
 BONVIN François, Verantwortlicher für das Departementscontrolling, DVB  
 DAYER Gérald, Chef der Dienststelle für Landwirtschaft (DLW)  
 FORT Mathilde, Chefin HR und Finanzen, DLW

### Departement für Finanzen und Energie (DFE)

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Vorsteher des DFE  
 THEYTAZ Isabelle, Verantwortliche für das Departementscontrolling, DFE  
 BIONDO Sergio, Chef der Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB)  
 GIROUD Didier, Verantwortlicher Verwaltung und Controlling, DGB  
 OGGIER Rainer, Chef der Dienststelle für Geoinformation (DGI)

## Dienststelle für Raumentwicklung

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: Neben dem kantonalen Richtplan (vgl. PM ergänzende Bemerkungen) hat die Dienststelle grosse Anstrengungen unternommen, um die Gemeinden bei der Revision der Zonennutzungspläne (ZNP), der Festlegung der Siedlungsgebiete (SG) und der Erarbeitung der interkommunalen Richtpläne (IRP) sowie der Agglomerationsprojekte der 4. Generation zu unterstützen.		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		

**PM 3:** Was die Festlegung der SG anbelangt, so hat bereits mehr als die Hälfte der Gemeinden ihr Dossier an den Kanton übermittelt (die Frist wurde infolge eines Grossratsbeschlusses auf Ende September 2021 verschoben). Diese Festlegung bildet die Grundlage zur Revision der ZNP.

**PM 4:** Zusätzliche Genehmigung des kantonalen Richtplans durch den Bund im April 2020. Drei wichtige Koordinationsblätter wurden genehmigt: Camping, Windkraftanlagen und touristische Beherbergung. Die Genehmigung des Koordinationsblatts A.5 Maiensäss-, Weiler- und Erhaltungszonen musste verschoben werden. Eine Walliser Delegation hat sich im September 2020 mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) getroffen, um das weitere Vorgehen betreffend dieses Koordinationsblatt zu besprechen. Der Delegation gehörten unter anderem zwei Mitglieder der Kommission LTU (Urs Juon und Ismaël Perrin) sowie Grossrat Aron Pfammatter an. Die noch zu erledigenden Arbeiten zur Fertigstellung des Koordinationsblatts A.5 hängen mit der kantonalen Landschaftskonzeption zusammen, die ebenfalls in Arbeit ist. Der Stand dieser Konzeption wurde dem ARE Anfang Januar präsentiert. Die Arbeiten kommen planmässig voran. Die Beziehungen zum ARE sind sehr gut, auch wenn es manchmal zu Meinungsverschiedenheiten kommt. Es geht nun darum, das Vertrauensverhältnis mit den Mitarbeitenden des ARE wiederherzustellen. Ziel ist es, ein solides Projekt auf die Beine zu stellen, das vom Bund genehmigt wird.

**PM 8:** Zwischenbericht des Staatsrates zur Raumplanung und Raumentwicklung gemäss Artikel 3b kRPG. Der Aufbau eines Systems zur Raumbewertung wird es ermöglichen, im Hinblick auf das Budget 2022 präzisere Indikatoren festzulegen, die Aufschluss über die Tendenzen in Sachen Fruchtfolgefleichen und Bauzonen geben.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Indikator 2 wurde nicht erreicht.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	<p><b>Indikator 2:</b> Die Dienststelle konnte nachweisen, dass dieses Kontingent von 7'350 ha eingehalten und sogar übertroffen wurde. Dies insbesondere durch eine Änderung des Status der Obstbauflächen, die nun vollumfänglich und nicht lediglich zu 50 Prozent angerechnet werden. Die genauen Flächen sind Gegenstand von Diskussionen mit dem ARE zur Klärung gewisser Aspekte. Zur Frage des Status der landwirtschaftlichen Gewächshäuser und der Golfplätze werden Diskussionen und Studien durchgeführt. Die Bestimmung der Fruchtfolgefleichen wird also immer noch verfeinert.</p> <p>In Bezug auf die Rhonekorrektur wurde zu Beginn des Projekts vereinbart, dass die wasserbaulichen Massnahmen unabhängig von der Frage der Fruchtfolgefleichen durchgeführt werden können. Allerdings muss das Projekt optimiert werden, um den Verschleiss von Fruchtfolgefleichen zu vermeiden. Wenn Kompensationen möglich sind, werden sie vorgenommen. Andernfalls besteht die Möglichkeit, beim Bund eine Anpassung des Kontingents an Fruchtfolgefleichen zu beantragen, wie dies andere Kantone für Grossprojekte von öffentlichem Interesse getan haben. Im Moment gibt es noch keine endgültige Antwort auf diese Frage. Das vom Staatsrat verabschiedete R3-Strategiekonzept für die Landwirtschaft stellt 200 Millionen Franken für die Stärkung der Landwirtschaft in der Rhoneebene und die Entschädigung der von der Korrektur betroffenen</p>

		Betriebe bereit. Im Wallis sind rund 290 Hektar Fruchtfolgeflächen von der Rhonekorrektur betroffen.
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Die Rechnung 2020 ist im Vergleich zum Budget um rund 400'000 Franken tiefer ausgefallen, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass die Gemeinden bei den Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der RPG-Revision und der interkommunalen Richtpläne in Verzug geraten sind. Dieser Verzug erklärt sich wiederum durch die Tatsache, dass die Arbeitsgruppen aufgrund der gesundheitlichen Einschränkungen nicht tagen konnten. In Bezug auf die Investitionen entspricht die Zahlung der restlichen Subventionen an die Gemeinden gemäss RPG 1979 den budgetierten Beträgen. Für die vollständig vom Bund finanzierten Agglomerationsprojekte wurde entgegen dem Budget nichts ausbezahlt.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

## Dienststelle für Umwelt

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
-----------------	-------------------

<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen:		
<p>Die Dienststelle für Umwelt hat im Zusammenhang mit dem Weggang des ehemaligen Dienstchefs stürmische Zeiten durchgemacht. 2020 war es wichtig, dass wieder Ruhe einkehrt, damit sich die Dienststelle auf die wichtigen Dossiers konzentrieren kann. Im Rahmen einer Reorganisation der Dienststelle wurden die beiden Sektionen «Altlasten» und «Grundwasser» zusammengelegt, um die Synergien in diesen Bereichen besser zu nutzen und die Grundwasserüberwachung zu intensivieren. Überdies hat die Dienststelle ihre Kompetenzen im Bereich der Bodenqualität durch die Anstellung eines Spezialisten in diesem Bereich ausgebaut.</p>		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<p><b>PM 3:</b> Ein Kommissionsmitglied will wissen, ob eine Person oder VZE für dieses Dossier zuständig ist. Die Dienststelle antwortet, dass der Aufwand momentan gering ist, da es sich lediglich um «low band» 5G und geringfügige Anpassungen der vorhandenen Antennen handelt. Der Kanton wartet immer noch auf die Vollzugshilfe zur Beurteilung der Dossiers.</p>		
<p><b>PM 5:</b> Die Sanierung der Quecksilberschmutzung in den Wohngebieten läuft weiter. Zu sanieren bleiben noch der Campingplatz Brigerbad und eine Zone im Turtig. Die vom Staat Wallis getätigte Rückstellung von 2 Millionen Franken ist mehr als ausreichend.</p>		
<p><b>PM 6:</b> Die Sanierungsstrategie für die ehemalige Deponie Gamsenried wurde festgelegt. Die Dienststelle verfügt über einen guten Überblick über die Deponie, die dort vorhandenen Schadstoffe sowie die Auswirkungen auf die Umwelt. Es wurden grossen Anstrengungen im Bereich der Koordination mit der Lonza, dem Thermalbad Brigerbad und dem Projekt R3 unternommen.</p> <p>Auf dem ehemaligen Brandübungsplatz der Lonza wurde eine PFAS-Belastung (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) nachgewiesen. Diese Substanzen werden seit den 1970er-Jahren unter anderem zur Herstellung von Löschschaum, Skiwachs, Gore-Tex-Jacken usw. verwendet. Sie sind gesundheitsgefährdend und bauen sich in der Umwelt und in Lebewesen kaum ab. Anderen Standorte, die potenziell von dieser Verschmutzung betroffen sind, wurden untersucht. Die PFAS sind ein globales Problem, das an Bedeutung gewinnt. Das Wallis ist einer der ersten Kantone, der eine PFAS-Strategie umsetzt. Bislang wurden diese Substanzen weder im Abwasser noch im Rhonewasser, das bei der Porte du Scex analysiert wird, nachgewiesen. Es laufen Kontrollen in den kommunalen ARA.</p> <p>Zwei Kommissionsmitglieder wollen von der Dienstchefin wissen, wie die Zusammenarbeit mit R3 aussieht und was unternommen wird, um eine Wiederholung der Gamsenried-Problematik im Unterwallis zu vermeiden. Die Dienstchefin antwortet, dass eine Zusammenarbeitsplattform für das Grundwasser eingerichtet wurde, wobei alles bei der DUW zentralisiert ist. Die Charakterisierung des Grundwassers im</p>		

Unterwallis ist im Gange. Es laufen Gespräche mit dem BAFU hinsichtlich einer Harmonisierung der verschiedenen Gesetzesgrundlagen (Gewässerschutz und Altlasten). Ziel ist es, dass der Umweltstörer auch die Sanierung des Grundwassers (Verschmutzungsfahne) übernimmt. Es ist nicht Sache von R3, dies zu finanzieren.

**PM 12:** Der Kampf gegen Mikroverunreinigung aus der Landwirtschaft wird ebenfalls fortgesetzt. Je nach Wetterlage gibt es starke Schwankungen. In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Landwirtschaft (DLW) wurde eine Sensibilisierungskampagne hinsichtlich der Einhaltung der Pufferstreifen in den Rebbauzonen lanciert. Mit dieser Kampagne sollen auch Private dazu angeregt werden, weniger Pflanzenschutzmittel im Garten zu verwenden.

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <b>Ind. 9:</b> Im Rahmen von Messungen bei der Porte du Scex wurde Orthosulfamuron nachgewiesen, ein Herbizid, das im Reisanbau verwendet wird. Die Dienststelle konnte lediglich die Verschmutzung und deren geografischer Ursprung (Oberwallis), nicht aber den Verursacher eruieren. Das Dossier wurde an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Die hauptsächliche Differenz zwischen Budget und Rechnung in Höhe von 500'000 Franken ist auf die Rückerstattung der Lärmschutzfenster durch das Bundesamt für Verkehr zurückzuführen. Die diesbezüglichen Kosten waren im Budget 2020 zu hoch veranschlagt worden.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

**1. Prioritäre Massnahmen****2. Indikatoren****III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle****Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft****I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)**

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
-----------------	--	-------------------

<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: 2020 war ein ruhiges Jahr, ohne Grossereignisse wie Waldbrände oder Murgänge. Dies hat es der Dienststelle ermöglicht, die Aktualisierung der Gesetzesgrundlagen, welche die Tätigkeit der Dienststelle regeln (kantonales Gesetz über den Wald und die Naturgefahren [Teilrevision] und kantonale Gesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz [Totalrevision]), voranzutreiben.		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	<b>PZ 3 PM 11:</b> Da es schwierig ist, die Gemeinden von der Notwendigkeit einer Revitalisierung der Fliessgewässer zu überzeugen, wurde als pragmatische Lösung beschlossen, die Revitalisierung in die Sicherheitsprojekte zu integrieren.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Die Arbeitsgruppe zur künftigen Finanzierung der Schutzwaldpflege wurde gebildet und hat sich mit Unterstützung von zwei externen Experten an die Arbeit gemacht. Der Schlussbericht wird im September 2021 unterbreitet. Dem Staatsrat wird ein Finanzierungsplan unterbreitet. Ziel ist es nicht, die Subventionen zu kürzen, sondern mehr Arbeiten zu angemessenen Kosten durchzuführen. Die gegenwärtigen Subventionen für den Schutzwald sind zu grosszügig, denn der Subventionssatz für den Zeitraum 2016–2019 beläuft sich auf 104,6 Prozent (vgl. <a href="#">Bericht NFA-Periode III</a> )		

<https://www.vs.ch/documents/408590/9963992/Bericht+NFA-Periode+III+SWB.pdf/405f9249-48f1-8a16-3691-4982ba143785?t=1611734578416&v=1.2>

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	<p><b>PZ 1 Ind. 2:</b> Wildschäden: Um den Einfluss des Wildes auf die Waldverjüngung zu ermitteln, überwacht die Dienststelle insgesamt 30 Stichprobenflächen im gesamten Kanton. Seit der letzten Erhebung hat der Wildverbiss zugenommen. Dies ist kein gutes Zeichen für die Waldverjüngung.</p> <p><b>PZ 3 Ind. 16:</b> Es handelt sich um einen Entscheid der Exekutive der Gemeinde Bister. In ein paar Jahren wird die Gemeinde Bister höchstwahrscheinlich die Bestimmung ihrer Gewässerräume vornehmen. Die Dienststelle erklärt, dass sie die Gemeinden nicht dazu zwingen kann, diese Arbeit zu machen.</p>
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Im Jahr 2020, nach der NFA-Periode 2016–2019, blieb ein Jahr zur Verwendung der zurückgestellten Spezialfinanzierungen. Einige dieser Spezialfinanzierungen mussten prioritär verwendet werden, um sie nicht zu verlieren. So wurde beispielsweise der Bekämpfung invasiver Pflanzen Priorität eingeräumt. Für die Sanierung und Bewirtschaftung von Biotopen wurden Restbeträge aus den Vorjahren verwendet (300'000 Franken), weshalb das verfügbare Budget nicht vollumfänglich ausgeschöpft wurde.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

Der Klimawandel wirkt sich auf die Walliser Wälder aus. Er führt zu einer Schwächung bestimmter Arten, die anfälliger für Borkenkäferbefall sind. Die Strategie des Kantons zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel sieht die Erstellung eines kantonalen Konzepts vor, das sich am derzeit in Erarbeitung befindlichen eidgenössischen Konzept orientiert. Auf Bundesebene wurden Motionen eingereicht, mit denen gefordert wird, dass der Klimawandel in den Programmvereinbarungen für die Wälder berücksichtigt wird. Eine Umfrage bei den Kantonen hat gezeigt, dass auf gesamtschweizerischer Ebene ein erhöhter Bedarf besteht (25 Millionen Franken pro Jahr). Der Bedarf für den Kanton Wallis wurde auf rund 2 bis 3 Millionen Franken pro Jahr geschätzt. Der Entscheid zur Anpassung der Programmvereinbarungen, um zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, liegt nun beim Bundesrat.

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

### Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

#### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	<b>PM 1:</b> Das kantonale Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel wird revidiert, aber es gilt die Frage zu beantworten, ob erneut eine allfällige Revision des eidgenössischen Jagdgesetzes abgewartet werden muss. Bis dato war die Revision in Erwartung der Revision des eidgenössischen Gesetzes auf Eis gelegt. Sollte die Revision des eidgenössischen Gesetzes zu lange auf sich warten lassen, muss die Revision der kantonalen Gesetzesgrundlagen dennoch an die Hand genommen werden.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	

## Ergänzende Bemerkungen:

## Wildtiermanagement:

**PM 8:** Das Rotwildmanagement ist nach wie vor problematisch (Verbiss- und Waldschäden). Im Moment ist der Bestand unter Kontrolle. Infolge des Bundesgerichtsentscheids, mit dem die Jagd in den Mischzonen der eidgenössischen Jagdbanngebiete verboten wurde, muss eine Lösung für die Rotwildregulation im Aletschgebiet gefunden werden.

**PM 9:** Die Gämsenbestände sind stabil. Das Gamsmanagement muss regionalisiert werden, um gezielte Eingriffe in bestimmten Problemgebieten zu ermöglichen.

Steinböcke: Nach dem Ende der «Safaris» müssen neue Jagdmodalitäten festgelegt werden.

Wolf: Die Schäden nehmen zu. Dies ist ein nationaler Trend, der darauf zurückzuführen ist, dass sich die Zahl der Rudel in den letzten beiden Jahren von 2 auf 11 erhöht hat. Dem Herdenschutz kommt eine immer grössere Bedeutung zu. Infolge der Ablehnung des eidgenössischen Jagdgesetzes im September 2020 kann der Kanton nach wie vor erst bei nachgewiesenen Schäden auf die Wolfspopulation einwirken. Die eidgenössische Jagdverordnung wird zwar revidiert, was aber in Sachen Wolfsmanagement nicht viel ändern wird.

Fischerei: Im Zuge der Coronakrise wurden 2'500 zusätzliche Patente ausgestellt.

Gleichzeitig führte die Coronakrise aber auch zu einer vermehrten Störung der Wildtiere durch die immer zahlreicheren Waldspaziergänger und Outdoor-Aktivitäten.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
Die Mindereinnahmen infolge der Abschaffung der «Steinbock-Safaris» belaufen sich auf 300'000 Franken und konnten im Jahr 2020 kompensiert werden. Das System muss für die Zukunft überdacht werden. Aufgrund von Zusagen aus den Vorjahren wurden im Jahr 2020 noch 25 Abschüsse durch ausländische Kunden durchgeführt. Die Abschaffung dieser «Steinbock-Safaris» wurde im Budget 2021 berücksichtigt.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen		

6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: P1203: Die Praxis in Sachen Zuweisung der Einnahmen aus den Abschüssen durch Kunden zu den verschiedenen Produkten des Leistungsauftrags wird im Rahmen der Rechnung 2021 korrigiert (die Praxis wurde nicht geändert, um mit dem Budget 2020 im Einklang zu bleiben).		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

### Dienststelle für Grundbuchwesen

#### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: 2020 war von der Gesundheitskrise geprägt. Die Dienststelle war angesichts der Zunahme der Anzahl und Komplexität der Dossiers stark gefordert. Der Walliser Immobilienmarkt ist äusserst unberechenbar. Die Coronakrise hat sich auf das Geschäftsvolumen der Dienststelle ausgewirkt. Dank der Modernisierung der Arbeitsabläufe und der technologischen Fortschritte konnte ein Grossteil der Mitarbeitenden Telearbeit leisten, was zu ihrer Sicherheit beitrug und gleichzeitig die Kontinuität der Dienstleistungen gewährleistete. Einige Tätigkeiten sind jedoch immer noch papierbasiert und erfordern die physische Anwesenheit der Mitarbeitenden vor Ort. Demnächst werden allerdings auch diese Dienstleistungen online angeboten. Die Formulare (z. B. Bestellung eines Grundbuchauszugs) sind online verfügbar.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	

Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Teilweise	
Ergänzende Bemerkungen:		
<p><b>PM 2:</b> Das ursprüngliche Projekt hätte geringfügige Gesetzesänderungen bedingt. Es wurden allerdings in Erwartung der Behandlung der Motion 1.0317, die umfassenderen Änderungen mit sich bringen würde, auf Eis gelegt.</p> <p><b>PM 3:</b> Die Dienststelle treibt die Umsetzung des Projekts GB 2020 voran, das in einer Digitalisierung und Harmonisierung der Dienstleistungen besteht. In Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv wurde eine Plattform aufgeschaltet, auf der Berechtigte, darunter die Notare, auf alle archivierten und gesicherten Dokumente des Grundbuchs zugreifen können. Die Digitalisierung der Papierdokumente wird fortgesetzt: Von den 122 Gemeinden sind inzwischen 55 vollständig und 23 teilweise informatisiert.</p> <p>Das Programm wird mit der derzeitigen Finanzierung bis 2023 fortgeführt. Dem Staatsrat wird Ende 2021 ein Bericht unterbreitet. Die Programm- und Finanzplanung werden im Zuge des Projektfortschritts überarbeitet. Die DGB wird 2022 detaillierter über die Finanzierungsmöglichkeiten zur Gewährleistung der Fortführung des Programms berichten können. Voraussichtlich wird dem Grossen Rat im Mai 2022 ein Verpflichtungskredit in Höhe von rund einem Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredits (5 bis 6 Mio. Franken) unterbreitet.</p>		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

### Dienststelle für Geoinformation

#### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>Die Dienststelle hat im Jahr 2020 insgesamt 68 Lose von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion anerkennen lassen. Am 1. Januar 2020 waren 180 Lose offen. Seit dem 1. Januar 2021 hat die Dienststelle 40 zusätzliche Lose anerkennen lassen, darunter 13 Lose für die Erneuerung der amtlichen Vermessung. Die Dienststelle hat sich dafür entschieden, zunächst diese Mandate abzuschliessen, bevor sie die neuen Anforderungen des Bundes in Betracht zieht.</p> <p>Die Dienststelle ist infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über die Referenzdatenbanken für die Einführung der Referenzdatenbank «Gebäude und Wohnungen» zuständig. Sie gewährleistet die administrative Koordination für dieses Projekt.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Ind. 2: Dieser Indikator beträgt nach wie vor 50 Prozent. Die Gründe für den Verzug bei der amtlichen Vermessung sind historisch bedingt: Infolge eines Dekrets von 1916

		beschloss der Staatsrat, die amtliche Vermessung von St-Gingolph bis Gletsch in Angriff zu nehmen. In der Folge haben ganze Gemeinden im Walliser Chablais ihre amtliche Vermessung durchgeführt. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel beschloss der Staatsrat dann aber, sich auf die Vermessung der Bauzonen zu konzentrieren. Aus diesem Grund wurden im Goms in erster Linie die Bauzonen vermessen. Die Fortführung der amtlichen Vermessung hängt also von den verfügbaren Ressourcen ab. In den 90er-Jahren wollte der Kanton die Vermessung der Landwirtschaftszone nicht in Angriff nehmen. Im Rahmen des Projekts LWN 2003 sah sich der Kanton allerdings dazu gezwungen, diese Vermessung durchzuführen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Kataster und Vermessung sind Verbundaufgaben von Bund und Kanton. Die Programmvereinbarung 2020–2023 über die amtliche Vermessung wurde vom Grossen Rat in der Oktobersession 2020 genehmigt. Die Programmvereinbarung für das Kataster wurde vom Staatsrat zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet, weshalb die Dienststelle das für die Honorare vorgesehene Budget nicht ausgeschöpft hat. Zudem fehlten die Weisungen des Bundes, um das Projekt voranzutreiben.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)**

**1. Prioritäre Massnahmen**

## 2. Indikatoren

### III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

#### Dienststelle für Landwirtschaft

##### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: Vor dem Hintergrund der Grenzschiessungen in ganz Europa erhielt die Dienststelle im März 2020 zahlreiche Anfragen von Landwirten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Saisoniers für die Spargelernte und die Rebarbeiten. Die Dienststelle hat direkte Unterstützungsmassnahmen eingeleitet, wie beispielsweise die vorzeitige Entrichtung der Direktzahlungen, die Deklassierung von AOC-Weinen und verschiedene Werbemassnahmen.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen <b>PM 8:</b> Die DLW unterstützt die Berufswinzer bei der Umstellung auf 100 Prozent biologische Helikoptersprühflüge im Rahmen der Zielsetzung «100 Prozent Bio-Helikopter ab 2023». Eine Umfrage ist im Gange, um die Bedürfnisse in Sachen Unterstützung und Begleitung zu ermitteln. <b>PM 9:</b> Die DLW hat die Unterstützung des Bundes für die nächsten 6 Jahre zur Umsetzung des Projekts ArboPhytoRed mit einem Budget von 5,6 Millionen Franken erhalten. Ziel dieses Projekts ist es, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Obstbau deutlich zu reduzieren.		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	<b>Ind. 4:</b> Die DLW hat zahlreiche Kontrollen durchgeführt. Insgesamt wurden 44 km Pufferstreifen entlang von 73 Fliessgewässern (2'600 Parzellen) kontrolliert. Bei 28 Prozent der Parzellen waren die Pufferstreifen nicht konform, was zu Kürzungen der Direktzahlungen und Bussen im Wiederholungsfall führte. Erfreulicherweise

		sind sich die betroffenen Personen nun der Notwendigkeit bewusst, die Abstände einzuhalten. Diese Kontrollen werden fortgesetzt.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Der Präsident

Urs Juon

Der Berichterstatter

Emmanuel Revaz



Grand Conseil  
Commission de la sécurité publique

Grosser Rat  
Kommission für öffentliche Sicherheit

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

## Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020

**Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz**  
**Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär**  
**Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug**  
**Kantonspolizei**  
**Dienststelle für Bevölkerung und Migration**  
**Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt**

Die Kommission für öffentliche Sicherheit (ÖS) ist am Freitag, 16. April 2021, von 08:00 bis 15:00 Uhr, im Konferenzraum 1 des «Espace Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

### Kommission ÖS

Mitglieder	Vertreten durch	16.04.2021
ARLETTAZ-MONNET Géraldine, PLR, Präsidentin		X
DEFAGO Sylvain, PDCB, Vizepräsident	MICHAUD Delphine	X
NANCHEN Richard, PLR, Ad-hoc-Berichterstatter		X
AYMON CONSTANTIN Charlotte, Suppl., PDCC		X
BONNARD Joël, PDCC		X
CINA Philippe, Les Verts		entschuldigt
FELLAY Serge, AdG/LA		X
FOLLONIER Kevin, Suppl., UDC		entschuldigt
FURRER Urban, CSPO		X
GARBELY Daniel, Suppl., CVPO		X
GILLIOZ Charles-Albert, PLR		
HEINIGER Madeline, AdG/LA		X
SALZMANN Pascal, SVPO		abwesend

### Parlamentsdienst

REYNARD Sarah, wissenschaftliche Mitarbeiterin

### FIKO

CARRON Blaise, AdG/LA

RION Yvan, UDC

### GPK

-

### Kantonsverwaltung

FAVRE Frédéric, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

SALAMIN Andrea-Fabio, Verantwortlicher für das Departementscontrolling, DSIS

HUGUET Sophie, Chefin des Rechtsdienstes für Sicherheit und Justiz (RDSJ)

BALTHASAR Boris, Adjunkt beim RDSJ

JACQUOD Antoine, Adjunkt bei der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär (DZSM)

CURSCHELLAS David, Verwaltungs- und Buchhaltungsverantwortlicher, DZSM

SEEWER Georges, Chef der Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug (DSMV)

FOURNIER Myriam, Finanz- und Buchhaltungsverantwortliche, DSMV

VARONE Christian, Kommandant der Kantonspolizei (KP)

PRAZ Alexandre, Adjunkt des Polizeikommandanten, KP

DE LAVALLAZ Jacques, Chef der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM)

MONNET Caroline, Stellvertreterin des Dienstchefs, DBM

ABGOTTSPON Bruno, Chef der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt (DSUS)

# Kantonspolizei

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: -		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p>PM 1: Die neue Einsatzzentrale wird im ersten Halbjahr 2024 einsatzbereit sein. Dieser Zeitplan ist angesichts der Umstände realistisch.</p> <p>PM 5: Präventionsprojekte für Minderjährige (STAF-Kompensationsmassnahmen), die drei Departemente betreffen. Die Kantonspolizei hat diese Jugendschutzkampagne mit der Aufschaltung von drei Videoclips (Internet, Kanal 9, soziale Netzwerke) eingeläutet. Für definitive Aussagen ist es noch zu früh, aber die Kantonspolizei hat zu Jahresbeginn eine Zunahme der Anzeigen festgestellt, die wahrscheinlich mit diesen Videoclips zusammenhängt, welche die Jugendlichen für die Gewaltproblematik sensibilisieren und die diesbezüglichen Ansprechpartner aufzeigen.</p> <p>PM 8: Das Personal für die Schwerverkehrskontrollen auf der Simplonachse ist zwar seit November 2020 vorhanden, das beim Zoll in Gamsen angesiedelte und vollumfänglich vom ASTRA finanzierte technische Zentrum wird aber erst ab Juni 2021 einsatzbereit sein. Die Struktur in Gondo wird im Laufe des Jahres 2022 fertiggestellt.</p> <p>PM 9: Ein Kadermitarbeiter der Kantonspolizei ist für die Beziehungen zu den Fahrenden verantwortlich. Er ist der hauptsächliche Ansprechpartner für die Clanchefs. Diese Vorgehensweise wird von den Fahrenden mit ihren patriarchalischen und hierarchischen Strukturen begrüsst. Die Kantonspolizei muss jeweils mit grobem Geschütz auffahren, denn die Fahrenden lassen sich von einer Machtdemonstration eher beeindrucken also von einer Bussenandrohung.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p>Ind. 15: Zunahme der häuslichen Gewalt. Die Kantonspolizei steht in regelmässigem Kontakt mit dem kantonalen Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF), um diese Problematik zu erörtern. Alle Fälle werden ihr gemeldet. Das KAGF ist im Bereich der Prävention tätig, während die Kantonspolizei für die Intervention vor Ort zuständig ist. Die Zahlen entsprechen den gemeldeten Fällen, liegen aber unter der Realität. Dank der Aufstockung des Personalbestands bei der Kantonspolizei kann eine Person pro Kreis vollumfänglich für die Koordination der Fälle von häuslicher Gewalt eingesetzt werden. Allerdings ist das Problem der Unterbringung der Opfer von häuslicher Gewalt noch immer nicht gelöst. Die Kantonspolizei kann den Täter lediglich für eine bestimmte Zeit wegweisen, aber früher oder später kehrt er wieder nach Hause zurück.</p>		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	

Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Der Finanzrahmen konnte trotz der zusätzlichen Beanspruchung der Polizistinnen und Polizisten aufgrund der Covid-19-Krise (verstärkte Präsenz und Kontrollen) eingehalten werden.</p> <p>Rubr. 30: Der genehmigte Personalbestand belief sich auf 531,3 VZE. Infolge von coronabedingten Problemen bei der Rekrutierung von ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten betrug der effektive Personalbestand lediglich 514,3 VZE. Die verbleibenden VZE sollten bis Ende 2021 besetzt sein.</p> <p>Rubr. 42: Rückgang der Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Absage zahlreicher Veranstaltungen, für welche die Kantonspolizei Sicherheitsdienstleistungen erbringen sollte (Strassenrad-WM, Spiele des FC Sitten)</li> <li>- Rückgang der Einnahmen im Zusammenhang mit dem Instruktionspersonal, das der Polizeiakademie Savatan zur Verfügung gestellt wird. Verschiebung des Beginns der Aspirantenschule von März auf September 2020</li> <li>- Deutlicher Rückgang des Schwerverkehrs während des ersten Lockdowns, was sich auf die Einnahmen des Schwerverkehrskontrollzentrums in St-Maurice auswirkte (tiefere Bundesbeiträge).</li> </ul> <p>Der für Präventionsmassnahmen für Minderjährige vorgesehene Betrag von 950'000 Franken im Zusammenhang mit den STAF-Kompensationsmassnahmen wird bei der Kantonspolizei verbucht, aber die Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit allen im Bereich der Jugendförderung tätigen Dienststellen umgesetzt. Dieser Betrag wurde erst Ende des Jahres bestätigt und konnte deshalb nicht ausgegeben werden. (vgl. PM 5).</p>		
<b>5. Personal</b>		
Personalaufstockung um 40 VZE über fünf Jahre gemäss Postulat der Kommission ÖS, das vom Grosse Rat im Februar 2021 angenommen wurde.		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<p><b>Polycom-Antenne in Vex</b></p> <p>Das Kantonsgericht hat die Beschwerde abgewiesen. Das Verfahren ist abgeschlossen. Das Baugesuch wurde bei der Gemeinde Vex eingereicht.</p>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

## Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p><u>Eventuelle Bemerkungen:</u></p> <p>Die Dienststelle war auf Ebene des Zivilschutzes, des Bevölkerungsschutzes, aber auch über das kantonale Führungsorgan (KFO) stark in die Bewältigung der Pandemie involviert.</p>		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 3: 2020 konnte nur ein einziger Kurstag für die kommunalen Sicherheitsbeauftragten und die Kaminfeger durchgeführt werden. Alle anderen Kurstage mussten abgesagt werden. Dieser Rückstand wird bis Ende 2023 aufgeholt.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Insgesamt hat die DZSM aufgrund der coronabedingten Einschränkungen weniger ausgegeben (Aufwandüberschuss von 1,415 Mio. Franken) als ursprünglich budgetiert: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduktion von Dienstleistungen, insbesondere im Ausbildungsbereich, also weniger Kosten</li> <li>- Entschädigung durch den Bund für den Einsatz des Zivilschutzes</li> <li>- Zusätzliche Einnahmen von 232'000 Franken aufgrund der Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) und der Verlängerung der Ersatzpflicht für Schweizer Bürger.</li> </ul> <p>Rubr. 30/31: Aufwandrückgang infolge der coronabedingten Absage von Ausbildungskursen (Zivilschutz, Feuerwehr, Informationstage für künftige Rekruten), d. h. eine Einsparung von rund 1 Million Franken.</p> <p>Rubr. 35: Der Bund hat sämtliche Kantone für den Einsatz des Zivilschutzes zur Bewältigung der Coronapandemie (in Spitälern, APH und Testzentren) entschädigt. Bei einem Pauschalbetrag von 27,50 Franken pro Dienstag und 27'606 Diensttagen ergibt dies für das Wallis für das Jahr 2020 einen Betrag von rund 762'000 Franken. Seit einigen Wochen konzentrieren sich die Anstrengungen auf die Impfbereitschaften. Die Differenz von 432'000 Franken wurde dem Zivilschutzfonds zugewiesen, der ansonsten rote Zahlen geschrieben hätte.</p> <p>Rubr. 36: Im Rechnungsjahr 2019 festgestellte Mängel betreffend den Zivilschutz. In der Folge blockierte die DZSM die Anschaffung von neuem Material für die sechs Zivilschutzorganisation (ZSO), was einem Betrag von 600'000 Franken entspricht (100'000 Franken pro ZSO).</p> <p>Rubr. 42: starker Rückgang der Ersatzabgaben (632'000 Franken) infolge der Einstellung der Bauarbeiten während einiger Monate.</p>		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

## Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Der Departementsvorsteher ist der Ansicht, dass der Kanton Wallis seinen Teil zur lateinischen Gefängnislandschaft beigetragen hat, insbesondere was die Unterbringung von Minderjährigen und jungen Erwachsenen anbelangt. Er erwartet nun, dass die anderen Konkordatskantone ihre Dossiers vorantreiben, insbesondere was die mögliche Wiedereröffnung des Jugendheims Prêles (BE) anbelangt. Die Jugendrichter stellen fest, dass die Wartelisten für die Unterbringung von Minderjährigen immer länger werden, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Die Schaffung von geeigneten Unterbringungsstrukturen, insbesondere für Mädchen, wird immer dringender.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u>            PM 3: Erweiterung des Gefängnisses «Les Iles» in Sitten. Die DSMV wird beim Bundesamt für Justiz (BJ) eine Subvention beantragen, sobald alle Kostenelemente geklärt sind. In Erwartung des Umzugs nach Sitten wurden im aktuellen Zentrum für Ausschaffungshaft strukturelle Massnahmen ergriffen, um für bessere Bedingungen zu sorgen. Die Tatsache, dass sich das künftige Zentrum für Ausschaffungshaft in einem Gefängnis befindet, hat zu Bemerkungen seitens der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) geführt. Allerdings ermöglicht diese Lösung die Nutzung von Synergien und die Haftbedingungen werden sich im Vergleich zur aktuellen Situation deutlich verbessern. Überdies wird es Plätze für Frauen geben, was heute nicht der Fall ist.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	

<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Allgemein scheint es, dass die Nichterreichung bestimmter Indikatoren und prioritärer Massnahmen mit dem Personalmangel zusammenhängt (z. B. Ind. 4). Das Departement erklärt, dass die Betreuungsquoten den Empfehlungen des BJ entsprechen. Die DSMV legt jedoch realistische Werte je nach Art der Anstalt fest. So kann beispielsweise das Gefängnis Brig nicht mit dem Gefängnis Champ-Dollon (GE) verglichen werden. Die Personalfluktuationsrate in Pramont (Ind. 15) kann nur zu einem gewissen Grad gesenkt werden, da die Betreuung von jugendlichen Straftätern an die Substanz geht. Die DSMV sucht allerdings nach Lösungen, um diesen Prozentsatz zu senken.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Mittlerweile wird die dritte Tranche der Erhöhung der Pensionspreise innerhalb des Konkordats umgesetzt. Die Konkordatskantone sind jedoch nicht bereit, überhöhte Preise zu zahlen. Es muss nachgewiesen werden, dass die von den Anstalten erhobenen Pensionspreise lediglich die notwendigen Kosten decken. Leistungen, die über die festgelegten Mindeststandards hinausgehen, werden nicht übernommen. Die Problematik der ausserkantonalen Unterbringungen kann allerdings nicht auf den Kostenaspekt reduziert werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die DSMV Plätze für die schwierigen Fälle finden kann, deren Unterbringung von den Gerichtsbehörden angeordnet wurde.		
<b>5. Personal</b>		
<u>Bemerkungen:</u> Im Rahmen des Budgets 2021 wurden neue Stellen gewährt. Die künftigen Anstalten (Kapazitätserhöhung) müssen jedoch mit dem nötigen Personal ausgestattet werden, um einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen: –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

## Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<u>Bemerkungen:</u> Der Rechtsdienst muss jede Aktualisierung der Covid-19-Verordnung des Bundesrates genau unter die Lupe nehmen.		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1 Ind. 1: Es ist schwierig, Mitglieder für die beiden Prüfungskommissionen (Anwaltsprüfung und Notariatsprüfung) zu finden. Es ist Sache der Berufsverbände, Mitglieder zu finden, die vom Staatsrat auf ihren Vorschlag ernannt werden. Gewiss, diese Tätigkeit ist im Vergleich zu den Anwalts- und Notarshonoraren und angesichts der erforderlichen Erfahrung und des Aufwands nicht sehr lukrativ. Eine Erhöhung der Entschädigung ist allerdings nicht vorgesehen. Dies könnte nämlich eine Lawine ins Rollen bringen und andere Experten, einschliesslich die Abgeordneten, könnten mit Fug und Recht eine höhere Entschädigung als Kompensation für die Abwesenheit an ihrem Arbeitsplatz verlangen. Die Zeit, die für die Expertenarbeit aufgewendet wird, ist aber auch eine Investition (Networking, Kontaktpflege). Die Entschädigung ist als Vergütung zu betrachten und stützt sich auf den Solidaritätsgedanken, egal in welchem Umfeld.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Rubr. 31: Abweichung aufgrund der pandemiebedingten Absage der Konferenz der kantonalen Stiftungsaufsichtsbehörden, die in Crans-Montana stattfinden sollte, und aufgrund zusätzlicher Kosten im Zusammenhang mit der Miete der Mehrzweckhalle in Conthey für die Anwalts- und Notariatsprüfungen (vom Mai auf Juni 2020 verschoben). Rubr. 39: Neben der Entschädigung von Personen im Rahmen des Kinder- und Erwachsenenschutzes, für den der Staat die primäre Haftung trägt (Entschädigung von Personen, die durch eine Handlung oder Unterlassung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden geschädigt wurden, wobei der Betrag unter dem		

Selbstbehalt von 20'000 Franken liegt), umfasst diese Rubrik die IT-Ausrüstung des Justizrates sowie die Miete und Nebenkosten der von der Dienststelle genutzten Räumlichkeiten.		
Rubr. 49: Beteiligung des Rechtsamts für Finanzen und Personal an den Honoraren des vom Staatsrat im Rahmen einer Regressklage (Fall des Vormunds in Lens) beauftragten Anwalts.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen: –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

## Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Die DSUS steht in direktem Kontakt mit der Bevölkerung, sei es nun für die technischen Fahrzeugkontrollen, die Führerprüfungen oder auch die Inverkehrsetzung von Fahrzeugen. Sie war daher von den coronabedingten Einschränkungen stark betroffen. Die Schalterbesuche sind um 17,6 Prozent zurückgegangen, während die Telefonanrufe um 14 Prozent zugenommen haben, was zu längeren Wartezeiten geführt hat. Die Experten, die während mehrerer Wochen nicht in ihrem angestammten Bereich arbeiten konnten, wurden anderen Bereichen zugeteilt, wie beispielsweise dem Transport von Gesundheitsmaterial. Auf finanzieller Ebene hat die Pandemie zu einem Rückgang der Gebühreneinnahmen um 1,2 Millionen Franken geführt (vgl. Rubr. 42).		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
PM 1: 20'000 Fahrzeuge konnten nicht innerhalb der gesetzlichen Fristen kontrolliert werden (69'650 wurden fristgerecht kontrolliert, vgl. Ind. 13 und 14). Dank der Anstellung eines im Rahmen des Budgets 2021 gewährten Experten sollte dieser Rückstand im Laufe des Jahres 2022 reduziert werden können. In diesem Zusammenhang gilt zu beachten, dass es sich bei 24 Prozent der durchgeführten Kontrollen um freiwillige Kontrollen (Verkauf von Occasionsfahrzeugen) handelt, die zu den obligatorischen periodischen Kontrollen hinzukommen.		
PM 3: Die Lancierung des Anreizprogramms für den Kauf von neuen Elektro- und Hybridfahrzeugen wurde auf November 2020 vorverlegt, um die Garagisten zu unterstützen. Der bereitgestellte Betrag von 6,7 Millionen Franken deckt drei Kalenderjahre (Ende 2020, 2021, 2022) ab. Ende 2020 stand ein Betrag von 460'000 Franken zur Verfügung, aber die Gesuche beliefen sich auf über 790'000 Franken, weshalb 330'000		

Franken von dem für 2021 vorgesehenen Betrag abgezweigt werden mussten. Die Neuzulassungen dieser Kategorie von Fahrzeugen haben Anfang 2021 von 2,6 auf 12 Prozent zugenommen.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Rubr. 39: Die DSUS hat die zentralen Dienste (DPM, KDI, KFW, Staatskanzlei [Druck von Aufgebotsen, Steuerrechnungen und Postversand], Inkassoamt) aufgefordert, die für sie erbrachten Leistungen in Rechnung zu stellen. Dies führte zu einer Erhöhung des Aufwands um mehr als 1,2 Millionen Franken, die nun in der Rechnung der DSUS ausgewiesen werden. Die DSUS war vom Preisüberwacher wegen zu hoher Gebühren kritisiert worden. Unter Berücksichtigung der Leistungen der zentralen Dienste beläuft sich der tatsächliche Kostendeckungsgrad gemäss Berechnungen des Finanzinspektorats allerdings auf 107 Prozent. 2022 werden die Gebühren um 5 Prozent gesenkt.		
<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> Standort Visp: Infolge des Weggangs mehrerer Mitarbeiter ist ein externes Audit im Gange. Die Leitung wird vorübergehend durch den Verantwortlichen des Standorts Sitten gewährleistet.		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen: –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

# Dienststelle für Bevölkerung und Migration

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p><u>Eventuelle Bemerkungen:</u></p> <p>Die DBM macht einen tiefgreifenden Wandel durch, wie insbesondere folgende Projekte zeigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Digitalisierung und elektronische Dossierverwaltung</li> </ul> <p>Die DBM muss rund 70'000 Dossiers in Papierform verwalten, was unweigerlich zu Fehlern führt (falsch abgelegte oder nicht auffindbare Dossiers). Die Digitalisierung und elektronische Verwaltung der Dossiers wird die Arbeit und die Beziehungen zu den Gemeinden vereinfachen. Die Wahl des IT-Systems wird im Anschluss an ein Ausschreibungsverfahren (öffentliches Beschaffungswesen) demnächst erfolgen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zivilstandswesen</li> </ul> <p>Revision der Zivilstandsverordnung, die gegenwärtig sechs Zivilstandskreise vorsieht, von denen einige mit 1,2 VZE ausgestattet sind. Alle Büros werden beibehalten, allerdings zählt die DPM auf die Flexibilität des Personals in Sachen Arbeitsort.</p> <p>Ausbau der Online-Dienstleistungen im Zivilstandswesen, insbesondere mit der Fortführung des Projekts eUmzugCH (inzwischen in 16 Deutschschweizer Kantonen umgesetzt) und Revision des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle, das gegenwärtig ein persönliches Erscheinen am Schalter der Einwohnerkontrolle vorschreibt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweisdokumente für EU-Bürger/innen (Projekt PA 19)</li> </ul> <p>Das Ausstellen dieser Dokumente bringt einen Mehraufwand mit sich (Fotoaufnahmen im Ausweiszentrum), der allerdings nicht zusätzlich vergütet wird (Tarif gemäss Freizügigkeitsabkommen). In den kommenden Jahren ist mit einem Einnahmerückgang zu rechnen.</p> <p>Um die jährliche Zunahme der Anfragen bewältigen zu können, hat der Staatsrat eine Dezentralisierung der Ausweiszentren beschlossen. Der Bevölkerung werden demnächst zwei neue Zentren, eines im Unterwallis (Standort noch nicht festgelegt) und eines im Oberwallis (Visp) für die Erneuerung ihrer Ausweisdokumente oder die Ausstellung einer Aufenthaltsbewilligung zur Verfügung stehen.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ind. 13/14: Die Hälfte der Gemeinden nimmt am kantonalen Integrationsprogramm (KIP) teil. Im Oberwallis sind es aber nur deren sieben, während sämtliche Gemeinden zwischen St-Maurice und Monthey teilnehmen. Zwar ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Oberwallis kleiner, aber es wäre dennoch begrüssenswert, wenn beispielsweise Raron am KIP teilnehmen würde. Dies nach dem Vorbild von Leuk-Stadt, das seit über einem Jahr teilnimmt.</p>		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	

Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Bemerkungen: –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

Die Präsidentin

Géraldine Arlettaz-Monnet

Der Ad-hoc-Berichterstatter

Richard Nanchen



# Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020

Dienststelle für Gesundheitswesen  
Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen  
Dienststelle für Sozialwesen  
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

## 1. Ablauf der Arbeiten

Die Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration (GSI) ist am Freitag, 16. April 2021, von 08:30 bis 14:45 Uhr, im Grossratssaal, Grand-Pont 4, in Sitten zusammengetreten.

### Kommission GSI

Mitglieder	Vertreten durch	16.04.2021
EGGEL Beat, PDCC, Präsident		X
LANTHEMANN Barbara, AdG/LA, Vizepräsidentin	EVEQUOZ Patrick	X
SAVIOZ Jean-Michel, PLR, Berichterstatter		X
BONVIN Claire-Lise, PDCC		X
DESMEULES Jérôme, UDC		X
KALBERMATTER Martin, CSPO		X
MASSEREY ANSELIN Sylvie, PLR		X
MEICHTRY Benno, CVPO		X
METRAILLER Françoise, PDCB		X
MORARD Didier, PLR		X
PERROUD Bruno, UDC		X
REY Laurent, PDCB		X
SCHNYDER Reinhold, AdG/LA		X

### Parlamentsdienst

PORCELLANA Diane, wissenschaftliche Mitarbeiterin

### Kantonsverwaltung

WAEBER-KALBERMATTEN Esther, Staatsrätin, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

EGGEL Rolf, Verantwortlicher für das Departementscontrolling, DGSK

FOURNIER Victor, Chef der Dienststelle für Gesundheitswesen (DGW), DGSK

AMBORD Christian, Kantonsarzt, Kantonsarztamt, DGSK

PFAMMATER Elmar, Chef der Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (DVS), DGSK

KIRCHMEIER Eric, Kantonstierarzt (DVS), DGSK

FAVEZ Jérôme, Chef der Dienststelle für Sozialwesen (DSW), DGSK

FAVRE Roland, Chef der Koordinationsstelle für soziale Leistungen (KSSL), DGSK

BOLLI Nicolas, Chef der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse (DAA), DGSK

MEISTER Alix, Adjunktin des Chefs der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse (DAA), DGSK

## FIKO

DUBUIS Julien, PLR

## Dienststelle für Gesundheitswesen

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die Staatsrechnung 2020 aufgrund der Covid-19-Krise mit Vorsicht zu geniessen ist. Während das Budget bei den Investitionen eingehalten werden konnte, wurde es beim Aufwand um rund 32 Millionen Franken überschritten. Diese Überschreitung ist in erster Linie auf die finanzielle Unterstützung von Institutionen im Zusammenhang mit Covid-19 zurückzuführen.

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	Global gesehen, ja. Ursache der Verzögerung von Projekten ist verständlicherweise die Covid-19-Krise.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>PM ad2 12 Tätigkeit der nötigen Investitionen für die neue Spitalorganisation:</b> Das Spital Wallis hat 100 Millionen Franken für die geplanten Studien und Arbeiten an den Standorten Malévoz, Saint-Amé, Martinach und Siders zurückgestellt. Dieser Betrag ist insbesondere für die Anpassungen im Bereich der Erdbebensicherheit vorgesehen. Im Übrigen hat es, abgesehen von ersten Überlegungen betreffend die Psychiatrie, keine Fortschritte gegeben.		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> --		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p><b>Rubr. 31:</b> Ein Teil der Gesundheitsschutz-Ausrüstung konnte wieder verkauft werden.</p> <p><b>Rubr. 46:</b> Die Differenz zwischen dem Budget und den Bundesbeiträgen für die IPV ist einerseits auf die Realität vor Ort und andererseits auf die Schätzungen des Bundes zurückzuführen. Zunächst übermittelt der Bund dem Kanton einen Vorentwurf des Budgets (mit seiner Beteiligung). Sobald er die erforderlichen Daten erhält, liefert er dem Kanton ein zweites Budget.</p> <p><b>Finanzierung der Spitalbetreuung:</b> Die Differenz von 14,4 Millionen Franken zwischen der Rechnung 2019 und der Rechnung 2020 ist auf die Aussetzung bestimmter Tätigkeiten aufgrund von Covid-19 zurückzuführen. Die Covid-19-Entschädigung für das HVS in Höhe von 41,5 Millionen Franken übersteigt diesen Betrag, da die öffentliche Hand den ambulanten Bereich und die ausserkantonalen Fälle finanziert hat.</p> <p><b>Beiträge an andere Kantone und Konkordate:</b> Die Differenz zwischen dem Budget 2020 und der Rechnung 2020 (285'809.80 Franken) ist hauptsächlich auf die «gemeinsame Einrichtung KVG» zurückzuführen. Sie wird nicht mehr unter «ausserkantonale Hospitalisierungen» verbucht.</p> <p><b>Ausserkantonale Hospitalisierungen:</b> Obwohl die Anzahl der Rechnungen abgenommen hat (1'000 Rechnungen weniger), ist ein Anstieg der Durchschnittskosten aufgrund der Behandlung schwerer Fälle hervorzuheben.</p> <p><b>Zentralinstitut der Spitäler und Walliser Gesundheitsobservatorium:</b> Die Abweichung zwischen der Rechnung 2020 und dem Budget 2020 beträgt 3'514.97 Franken.</p> <p><b>SMZ:</b> Der Anstieg der Kosten für Spitex-Pflege ist auf die Entwicklung der Leistungen und den Anstieg der von privaten Anbietern erbrachten Leistungen zurückzuführen.</p> <p><b>KWRO:</b> Die Differenz bei den Kosten ergibt sich aus der Inbetriebnahme der Ambulanz für die Zone Leuk-Westlich Raron West-Lötschental und der Inbetriebnahme der Ambulanz im Entremont.</p>		
5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusätzliches Covid-19-Personal (durchschnittlich 27,2 VZE 2020): Bei rund 80 Prozent des zusätzlichen Personals handelt es sich um Neueinstellungen mit befristeten Verträgen.</li> </ul>		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anteil der von privaten Anbietern geleisteten Stunden in der Spitex-Pflege: 2019 wurden von 575'897 Stunden 166'641 von privaten Anbietern geleistet und 409'256 Stunden von sozialmedizinischen Zentren.</li> <li>- Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Gesundheitskosten zwischen 1990 und 2020 betrug 6,18 Prozent. Die Vorsteherin des DGSK fordert dazu auf, die Kostenentwicklung und insbesondere die Diskussionen über die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen der Krankenversicherung (EFAS) auf Bundesebene genau zu beobachten.</li> </ul>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle:

Die DGW wird dazu aufgefordert, im Rahmen der Bewältigung der Covid-19-Krise Personen in sozialen Einrichtungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

# Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	

<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>IND ad1 1/ ad1 3 Anzahl der mikrobiologischen und chemischen Analysen / Anzahl der erhobenen Eiswürfelproben im Rahmen der Hygienekampagne für Eiswürfel (ab 2020):</b> Ein Kommissionsmitglied erachtet den Anteil an nicht konformen und beanstandeten Proben als «hoch». Die DVSV erklärt, dass die Zahlen statistisch nicht repräsentativ seien, da die Probeentnahmen gezielt erfolgen (zum Beispiel auf der Grundlage früher festgestellter Probleme, meteorologischer Faktoren).		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	--	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Kontrolle der Rückverfolgbarkeit der Farben für Tätowierungen (Jahresbericht 2020 DVSV, S. 34-35):</b> Bei Inspektionen in in Tatoo-Studios, wurde fehlende Rückverfolgbarkeit der Farben festgestellt. Es wurden Herkunftsnachweise verlangt. Die Farben können in einem Zentrum in Basel analysiert werden.</li> <li>- <b>Hofschlachtung:</b> Das Reglement betreffend die Kosten und Entschädigungen im Bereich Veterinärwesen wurde angepasst. Bisher hat noch kein Züchter eine Bewilligung beantragt. Es sind einzig ein paar Fragen von Tierhaltern eingegangen. Die Kosten für die Prüfung im Zusammenhang mit der Bewilligung sind vom Züchter zu tragen. Das Fleisch wird im Schlachthof kontrolliert. In Bezug auf den Schlachthof von Martinach bedankt sich die DVSV für die vom Grossen Rat im Rahmen des Budgets 2020 bewilligte Stelle eines Tierarztes.</li> <li>- <b>Kontrolle der Bienenstöcke:</b> Die Dienststelle bedankt sich zudem bei der Kommission für ihre Unterstützung im Zusammenhang mit den 0,8 VZE im Rahmen des Budgets 2021. Dies wird eine Verbesserung der für die Biodiversität und die Gesundheit der Bienen wichtigen Kontrollen ermöglichen.</li> </ul>		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --**

# Dienststelle für Sozialwesen

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: --		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>PM ad1 1 Revision des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe (GES):</b> Voraussichtliches Inkrafttreten am 1. Juli 2021. <b>PM ad2 11 Gesetz über die Seniorinnen und Senioren (SenG):</b> Ein Kommissionsmitglied bedauert, dass die Gemeinde Leuk nicht über die Ergebnisse der von der kantonalen Konsultativkommission für eine fortschrittliche Alterspolitik 2018–2021 durchgeführte Piloterhebung informiert wurde. Im Rahmen des Budgets 2021 wurde eine VZE für die kantonale Seniorenkoordination genehmigt. Für die Projektunterstützung sind 150'000 Franken vorgesehen.		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>IND ad1 3 Anzahl IV-Assistenzbeiträge:</b> Bei den Assistenzbeiträgen für Personen im AHV-Alter handelt es sich nicht um Dienstleistungen, sondern um IV-Leistungen. Unterschiedliche Berechnungsgrundlagen für die Assistenzbeiträge erklären die Abweichung. 2019: 264 IV-Dossiers, 27 AHV-Dossiers <b>IND ad3 17 Zahl NEE und abgewiesene Asylbewerbende per 31.12:</b> Aufgrund von Covid-19 konnten abgewiesene Asylbewerbende nicht zurückgeschafft werden. Die Kosten für die Betreuung umfassen insbesondere die Unterkunft und 10 Franken/Tag, welche die abgewiesenen Asylbewerbenden erhalten. <b>IND ad3 20 Prozentsatz der Personen im arbeitsfähigen Alter, die dem Asylbereich unterstellt sind und per 31.12. einer Tätigkeit nachgehen:</b> Die Massnahmen im Rahmen der Integrationsagenda Schweiz (IAS) zielen auf Kinder im Vorschulalter, die Sprachausbildung und Personen mit Anpassungs- und Integrationsschwierigkeiten ab. Ein Teil der Asylsuchenden schafft die berufliche Integration aufgrund gesellschaftlicher oder gesundheitlicher Probleme im Zusammenhang mit ihrer Vergangenheit nicht (30 % der Asylsuchenden laut Schätzungen des SEM). Das Ziel besteht deshalb darin, ihre gesellschaftliche Integration zu fördern.		

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Die Differenz zwischen dem Budget 2020 und der Rechnung 2020 ist in erster Linie auf den PKWAL-Beitrag zurückzuführen.		

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: --		

6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> <b>PG11 P1104 Eintreibung der Unterhaltsbeiträge:</b> Aufgrund der Aussetzung der Eintreibungen und der Verlängerung der Rückzahlungsfristen für Schuldner von Unterhaltsbeiträgen während der Covid-19-Krise sollte die Betreibungsquote unter 39,26 Prozent liegen (von der FIKO im Rahmen der Rechnung 2019 berechnet). Die Neuorganisation des Büros für Alimentenbevorschussung und Alimenteninkasso sowie die Einführung neuer Instrumente werden es in den kommenden Jahren ermöglichen, eine höhere Betreibungsquote zu erreichen.		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --

## Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Aufgrund der Covid-19-Krise war die DAA nicht in der Lage, alle gewünschten Mandate auszuführen und hat folglich nicht alle verfügbaren Mittel verwendet.

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>PM ad1 2</b> <i>Valorisierung der Ergebnisse der HES-SO-Studie über Arbeitsbedingungen in Pflegeeinrichtungen:</i> Die Studie ist in drei Phasen unterteilt:		
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Umfrage zur Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen und zur Ermittlung ihrer Auswirkungen auf die Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern von APH (1'200 Antworten, Ergebnisse Anfang 2020).</li> <li>2. Analyse internationaler Studien, insbesondere zur Arbeitsorganisation, zu den Arbeits- und Hygienebedingungen in diesem Sektor mit Blick auf die Vorbereitung der Fokusgruppe durch die HES-SO (durchgeführt im Laufe des Jahres 2020).</li> <li>3. Organisation der Fokusgruppe (wegen Covid-19 ausgesetzt, Wiederaufnahme im Herbst 2021).</li> </ol>		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
<b>Chef des kantonalen Arbeitsinspektorats:</b> Der neue Chef tritt seine Stelle am 1. Mai an. Die DAA hatte aufgrund der starken Nachfrage nach Sicherheitsingenieuren an verschiedenen Chemiestandorten Mühe, diese Stelle zu besetzen. Mit dem Stellenantritt neuer Inspektoren bis im Sommer 2021 wird die DAA vollständig besetzt sein.		

6. Zusätzliche Informationen		
<p><u>Bemerkungen:</u></p> <p><b>Covid-19:</b> Während der ersten Monate der Krise wurden auf Baustellen und im Detailhandel Kontrollen durchgeführt. Es wurden beinahe 4'000 Kontrollen vorgenommen, davon 1'700 in Unternehmen und 1'700 telefonisch. Hinzu kommen 1'500 telefonische Kontrollen infolge von Hinweisen aus der Bevölkerung. Die DAA konnte die durchgeführten Kontrollen im Zusammenhang mit Schwarzarbeit sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Rechnung stellen. Seit dem 15. Dezember 2020 wurden bereits mehr als 600 Kontrollen in den Bereichen Hotellerie und Gastgewerbe sowie im Dienstleistungssektor vorgenommen.</p>		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --**

Der Präsident

Beat Eggel

Der Berichterstatter

Jean-Michel Savioz



Grand Conseil  
Commission de l'éducation, de la formation, de la culture et des sports

Grosser Rat  
Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

# Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020

**Dienststelle für Kultur  
Kantonales Sportamt  
Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten  
Dienststelle für Unterrichtswesen  
Dienststelle für Berufsbildung  
Dienststelle für Hochschulwesen  
Kantonale Dienststelle für die Jugend**

Die Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport (EBKS) ist am Dienstag, 13. April 2021, von 08:30 bis 15:30 Uhr, im Grossratssaal in Sitten zusammengetreten.

## Kommission EBKS

Mitglieder	Vertreten durch	13.04.2021
CONSTANTIN Patricia, AdG/LA, Präsidentin		X
JACQUOD Eric, UDC, Vizepräsident	GARCIA Ilan	X
TERRETTAZ Jean-Pierre, PLR, Berichterstatter		X
BRUTTIN Loïc, Suppl., PLR		entschuldigt
CIPOLLA Ludovic, UDC	MOOS Marylène	
DUBUIS Alexandre, Les Verts		X
DUBUIS Margaux, AdG/LA	EVEQUOZ Patrick	X
GUALINO Pierre, PDCB		X
PANNATIER Christophe, PDCC	HERITIER Alexia	X
SCHAFEITEL Fabien, PDCC	BRANTSCHEN Frédéric	X
STEINER Sandro, Suppl. CVPO		
WERLEN Egon, Suppl., CSPO		X
ZURBRIGGEN Fabian, SVPO		abwesend

## Parlamentsdienst

REYNARD Sarah, wissenschaftliche Mitarbeiterin

**FIKO:** –

**GPK:** –

## DSIS

FAVRE Frédéric, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

JIRILLO Grégoire, Chef des kantonalen Sportamts (KSA)

BRACCI Emilie, wissenschaftliche Mitarbeiterin, KSA

SALAMIN Andrea-Fabio, Verantwortlicher für das Departementscontrolling

## DGSK

WAEBER-KALBERMATTEN Esther, Staatsrätin, Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

SUTERMEISTER Anne-Catherine, Chefin der Dienststelle für Kultur (DK)

OGGIER Frédéric, Finanzverantwortlicher, DK

EGGEL Rolf, Verantwortlicher für das Departementscontrolling

## DVB

DARBELLAY Christophe, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)

BONVIN François, stellvertretender

Generalsekretär DVB, Controllingverantwortlicher

DUC Arsène, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes für Bildungsangelegenheiten (VRDBA)

ANZEVUI Grégoire, Adjunkt, VRDBA

DINI Sophia, kantonale Delegierte für das Projekt  
Campus Energypolis  
NANCHEN Christian, Chef der kantonalen  
Dienststelle für die Jugend (KDJ)  
LONFAT Jean-Philippe, Chef der Dienststelle für  
Unterrichtswesen (DU)  
MABILLARD Pascal, wissenschaftlicher  
Mitarbeiter, DU  
REY Yves, Chef der Dienststelle für  
Hochschulwesen (DH)  
ALBASINI David, Finanzverantwortlicher, DH

POTTIER Claude, Chef der Dienststelle für  
Berufsbildung (DB)  
REY Alexandre, Finanzverantwortlicher DB

## Dienststelle für Kultur

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Einleitend weist die Departementsvorsteherin darauf hin, dass die Rechnung 2020 aufgrund der gewährten Nachtragskredite nicht mit jenen der Vorjahre vergleichbar sei. Die Kulturschaffenden sind von der Pandemie und der Absage sämtlicher Veranstaltungen stark betroffen. Die für das Jahr 2020 gewährten Subventionen wurden auf der Grundlage eines Staatsratsentscheids auch dann ausbezahlt, wenn die Veranstaltungen abgesagt werden mussten.</p> <p>Die Pandemie wirkte sich stark auf die Aktivitäten der Dienststelle aus und veränderte ihren Aufgabenbereich komplett. Normalerweise betreibt sie Kulturförderung und wählt Projekte gemäss den im Kulturförderungsgesetz (KFG) vorgesehenen Kriterien aus – in letzter Zeit musste sie eine Art Versicherungsaufgaben übernehmen, das vom Bund erhaltene Geld verwalten und basierend auf Kriterien, die sich grundlegend von jenen der Kulturförderung unterscheiden, verteilen. Obwohl die Dienststelle diese neue Aufgabe so gut wie möglich wahrnimmt, hat dies in Kulturkreisen für Verwirrung gesorgt, da diese Unterscheidung und die Doppelrolle der Dienststelle in der aktuellen Situation nicht verstanden wird.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 7: 22 Projekte für die Aufwertung des kulturellen Erbes erhielten insgesamt 300'000 Franken. Die Liste mit den Begünstigten ist auf der Website zu finden. Die Subventionen werden auf der Grundlage klarer und transparenter Kriterien gewährt, die im KFG und in dessen Ausführungsreglement festgelegt sind.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p>Ind. 1: Unterstützung im Bereich des Dokumenten- und Archivmanagements für Dienststellen der Kantonsverwaltung. Der Indikator ist mehr als erfüllt, wobei die Dienststelle hinsichtlich der personellen Ressourcen Mühe bekundet.</p>		

<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Im Budget 2020 wird im Vergleich zur Rechnung 2019 ein zusätzlicher Aufwand von beinahe 20 Millionen Franken ausgewiesen. Die Dienststelle hat von Kanton und Bund zusätzliche 18,4 Millionen Franken erhalten. Rubr. 36: Diese Rubrik umfasst die nötige Liquidität, die der Dienststelle für die Covid-19-Hilfen zugeteilt wurde. Der verfügbare Betrag war viel höher als der effektiv ausbezahlte Betrag, was den Restbetrag erklärt. Rubr. 54/63: Im Rahmen des ersten Covid-19-Massnahmenpakets waren vollständig vom Bund finanzierte Soforthilfen in Form von rückzahlbaren Darlehen vorgesehen. Die Dienststelle hat fünf Dossiers erhalten und vom Bund finanzierte Hilfen in Höhe von 226'686 Franken zugesprochen. Auch hier bleibt ein Budgetsaldo in Höhe von 3,647 Millionen Franken. Das Geld des Bundes (Liquidität) wird auf ein Kontokorrent überwiesen, das durch die Auszahlung der Hilfen und die Rückerstattung des Betrags, der nicht an Kulturinstitutionen und Kulturschaffende ausbezahlt wurde, an den Bund, einen Saldo von Null aufweist. Die Budgetsaldi der Rubriken 36/54/63 wurden an Kanton und Bund zurückbezahlt. Diese Beträge wurden der Dienststelle 2021 im Rahmen der jüngsten Covid-19-Verordnung wieder zugewiesen. Obwohl die Rechnung 2020 der Dienststelle für Kultur aufgrund der Nachtragskredite und der Budgetrestbeträge nur schwer nachvollziehbar ist, hat das Finanzinspektorat dennoch bestätigt, dass Aufwand und Ertrag betreffend den ordentlichen Betrieb der Dienststelle (ohne Covid-19) korrekt verbucht wurden.		
<b>5. Personal</b>		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

### 1. Prioritäre Massnahmen

Umsetzung des Museumszentrums in Sitten im Verlaufe des Jahres 2021.

### 2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

## Kantonales Sportamt

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: -		

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p>PM 2: Unterstützung bei der Realisierung von Sportinfrastrukturen. Zur Erinnerung: Projektträger sind die Vereine oder Gemeinden und nicht das kantonale Sportamt. Alle Anlagen werden vom Sportfonds finanziell unterstützt, doch einzig Anlagen, welche die Kriterien des Konzepts der Sportanlagen von kantonaler oder regionaler Bedeutung mit kantonaler Tragweite erfüllen, haben Anspruch auf die im Gesetz über den Sport vorgesehene finanzielle Unterstützung.</p> <p>PM 3: Renovation des kantonalen Sportzentrums Ovronnaz Dieses Dossier wird von der Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB) verwaltet, die sich um die Ausschreibungen und die Vergabe kümmert. Aufgrund des Ausschreibungsverfahrens konnten gewisse Arbeiten nicht während der angeordneten Schliessung des Sportzentrums Ovronnaz durchgeführt werden. Allerdings konnten gewisse Arbeiten, für welche die Offerten bereits eingegangen waren, um einen Monat vorgezogen werden. Der Abschluss der Arbeiten ist auf Dezember 2022 geplant, wenn im Sportzentrum Ovronnaz erste Skikurse durchgeführt werden.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p>Das Sportzentrum Ovronnaz musste während sieben Monaten geschlossen werden. Dies hat zu einer Verringerung des Aufwands für die Entschädigungen der J+S-Experten (Absage von Kursen) und den Kauf von Lebensmitteln, aber natürlich auch zu einem Einnahmerückgang im Zusammenhang mit den Übernachtungen und der Hallenvermietung geführt. Während der Schliessung wurden die Mitarbeitenden des Sportzentrums in anderen Dienststellen des Kantons eingesetzt.</p> <p>Rubr. 37: Die Vereine haben im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise vom BASPO einen Betrag in Höhe von 1,7 Millionen Franken erhalten. Folglich waren die von den Walliser Vereinen erhaltenen Subventionen um 25 Prozent höher als in einem normalen Jahr, vorausgesetzt, dass die entsprechenden Kriterien eingehalten wurden.</p> <p>Was den Sportfonds betrifft, werden sich die Auswirkungen der Covid-19-Krise im nächsten Jahr zeigen. 2020 wurden die zugesagten Beträge auf der Grundlage der Schlussabrechnungen 2019 überwiesen. Das KSA erwartet für die Rechnung 2021 geringere Ausgaben aufgrund des auferlegten Rückgangs der Aktivitäten.</p>		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: -		

6. Zusätzliche Informationen		
<p>Das KSA hat eine Umfrage bei Walliser Vereinen durchgeführt, um sich ein Bild von der aktuellen Situation zu machen. Es hat 276 vollständige und 480 unvollständige Antworten erhalten (von 912 verzeichneten Vereinen). Die Umfrage hat 31 komplizierte und nach einer detaillierten Analyse 5 kritische Fälle ans Tageslicht gebracht. Das KSA überlegt sich Massnahmen, um in diesen 5 Fällen zu helfen mit dem Ziel, dass die Vereine ihre Aktivitäten wieder aufnehmen können, sobald sich die Lage normalisiert. Die wichtigste Herausforderung besteht darin, die Jungen, aber auch die Erwachsenen, nach der Zwangspause und dem auferlegten Stillstand der Wettbewerbe zur Wiederaufnahme des gemeinsamen Trainings zu bewegen, obwohl sie sich in der Zwischenzeit daran gewöhnt haben, alleine Sport zu betreiben.</p>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

# Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten

Elemente		Kommentare
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u>            PM 2: Der Umzug der Hochschule für Ingenieurwissenschaften in die neuen Gebäude an der rue de l'Industrie tritt in die dritte Phase ein. Die Verspätung ist auf Verzögerungen bei der Lieferung von Ausrüstung aus dem Ausland im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise zurückzuführen.            Die vom Kanton Wallis gegenüber der EPFL eingegangenen Verpflichtungen laufen aus. Nun geht es noch darum, den Innovationspark mit Unterstützung privater Investoren fertigzustellen und eine Aktiengesellschaft für die Förderung und den Betrieb des Innovationsparks zu schaffen. Das Departement hofft jedoch, dass dies nicht das Ende der Geschichte ist, sondern dass damit eine dritte Phase der Ansiedlung der EPFL im Wallis beginnt, deren Bedingungen noch zu definieren sind.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	

Ind. 2-3-5: Betrag der Stipendien und Zielsetzung. Da der Kanton Wallis über keine eigene Universität verfügt und im nationalen Vergleich durchschnittlich ein bescheidenes steuerbares Einkommen pro Einwohner aufweist, setzt er sich für eine ausgewogene Verteilung der für Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel ein. Am Ende ist es Aufgabe des Grossen Rates vorzuschlagen und anzunehmen, dass der verfügbare Betrag auf eine geringere Anzahl Begünstigter verteilt wird und der Betrag pro begünstigte Person steigt.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Rubr. 45: Der Saldo des Fonds «Sport und Bildung», der aus der Zeit stammt, als das kantonale Sportamt dem Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten (VRDBA) angegliedert war, wurde an die Stiftung Valais Snowsports überwiesen. Der Fonds wurde aufgelöst. Rubr. 24: Der Betrag von 3,6 Millionen Franken für die Ausbildungsdarlehen wurde nicht komplett aufgebraucht (vgl. Ind. 4). Rund 30 Prozent der Begünstigten verzichten auf das ihnen gewährte Darlehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Senkung des Zinssatzes ab dem Schuljahresbeginn 2021 die Attraktivität der Darlehen erhöhen wird.		
<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> Stärkung der HR-Koordination des Lehrpersonals. Der Lehrkörper umfasst 5'000 Personen, doch die Dienststelle für Personalmanagement (DPM) der Kantonsverwaltung erbringt keine Leistung für diese Kategorie von Kantonsangestellten. Allerdings wenden sich Schuldirektionen regelmässig mit verschiedenen Fragen im Bereich des Personalmanagements an das Departement.		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> –		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

## Dienststelle für Unterrichtswesen

<b>Elemente</b>	<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>	
Die Schulen waren acht Wochen lang geschlossen. Der laufende Digitalisierungsprozess der Schule musste stark beschleunigt werden, weshalb einige Wochen lang improvisiert werden musste. Office 365 ist jetzt für alle Schüler/innen einsatzbereit. Die zusätzlichen Kosten konnten im Rahmen des Budgets aufgefangen werden, doch die Auswirkungen werden längerfristig spürbar sein. Die tiefgreifenden Folgen für die Schülerinnen und Schüler werden zur Eröffnung von Sonderschulklassen und Nachhilfestunden für einen	

Gesamtbetrag in der Grössenordnung von 4 Millionen Franken führen. 2021 wird jenen Massnahmen Priorität eingeräumt, mit denen die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die schwächsten Kinder abgedeckt werden können.		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 1: Revision des Gesetzes über das öffentliche Unterrichtswesen (GUW). Es handelt sich nicht um ein prioritäres Dossier; dem Departementvorsteher muss eine neue Planung vorschlagen werden. PM 5: Der Kanton wird das Kollegium der Abtei St. Maurice kaufen. Der Internatsteil, der den Chorherren gehört, wird nach der Renovation vom Kanton gemietet. Mit dem Bau eines neuen Kollegiums in Sitten und der Renovation des Kollegiums les Creusets hat der Kanton grosse Anstrengungen unternommen, um den Rückstand beim Unterhalt und den Investitionen in die Infrastruktur der nichtberuflichen Schulen der Sekundarstufe II aufzuholen und so auf das Bevölkerungswachstum im Wallis zu reagieren. PM 7: Akkreditierung der PH. Das Akkreditierungsverfahren wurde um sechs Monate verschoben. Das Dossier ist jedoch in den Händen der neuen Co-Direktion und auf gutem Weg. Die Autonomisierung wurde umgesetzt.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Rubr. 36: Die Kosten für die Unterstützungsmassnahmen im Sonderschulwesen (Betreuungsaufwand) steigen. Das Sonderschulwesen steht unter grossem Druck, der durch die Covid-19-Krise weiter erhöht wird. Die Finanzierung der Ausgleichsverfahren PKWAL betreffen die Mitarbeitenden der Sonderschulinstitutionen, die der Dienststelle für Unterrichtswesen unterstehen.		
<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: –		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<b>Bericht der PH über die Auswirkungen der Covid-19-Krise.</b> Dieser eher qualitative als statistische Ansatz zeigt, dass die Gesundheitskrise die Ungleichheiten zwischen den Schülern verstärkt hat. Die auf die Eltern abgewälzten Aufgaben haben die Schwierigkeiten der ohnehin schon schwächeren Schülerinnen und Schüler vergrössert. Es laufen Pilotprojekte in den Schulen, um Lösungen für Schüler/innen mit Schwierigkeiten zu finden.		

**Berufsberatung in der Orientierungsschule**

Neues digitales Unterrichtsmaterial für die 9OS, das im Herbst in Verbindung mit einer Lehrerfortbildung eingeführt wird.

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)**

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle**

-

**Dienststelle für Berufsbildung**

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Aufgrund der Befürchtung eines drastischen Rückgangs des Lehrstellenangebots hat das Departement im Frühling 2020 eine Task Force eingesetzt, um 3'000 Lehrstellen zu finden. Am Ende boten Arbeitgeber im Wallis 3'600 Lehrverträge an. Der steigende Trend bei den Lehrverträgen scheint sich im März 2021 zu bestätigen. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen intensiviert, um eine Überlastung der Übergangsstrukturen, wie der Schule für Berufsvorbereitung, zu verhindern.</p> <p>Was die theoretischen und praktischen EFZ-Prüfungen anbelangt, wurden die Qualifikationsverfahren vereinfacht und die praktischen Prüfungen beibehalten. Die Erfolgsquote war etwas höher als sonst (94 %), aber es kann nicht von einer geopfert Generation die Rede sein. Aufgrund des vereinfachten Qualifikationsverfahrens und der Verpflichtung von weniger Experten erzielte die Dienststelle für Berufsbildung Einsparungen in Höhe von 1 Million Franken.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 3: Berufsschule in Martinach. Das Dossier wurde an die Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB) weitergeleitet im Hinblick auf die Renovationsarbeiten 2021 und 2022, die entsprechend der Gebäudenutzung gestaffelt werden.</p> <p>PM 4: Digitalisierung in der Berufsbildung. Seit 2020 wird IKT ein spezielles Budget zugeteilt, damit die Berufsschulen mit Material für die Digitalisierung ausgestattet werden können.</p> <p>PM 11: Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes. Die Verwaltungskommission wurde eingesetzt, ihr Geschäftsreglement vom Staatsrat angenommen und die internen Richtlinien über die Zuweisung der Beträge und die Wahl der Leistungserbringer werden gerade erarbeitet. In der Zwischenzeit erbringen die bestehenden Partner weiterhin ihre Leistungen.</p> <p>Projekt via mia: Berufliche Standortbestimmung für Personen über 40. Stärkung der Weiterentwicklung, damit diese Personen in ihrem Beruf auf dem neuesten Stand bleiben. Dieses Projekt, das sich zurzeit in der Pilotphase befindet, soll 2021 fortgesetzt werden.</p>		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 5: Anzahl Vertragsauflösungen. Die Zunahme hängt nicht unbedingt mit der Pandemie zusammen, da in dieser Zahl auch technische Vertragsauflösungen enthalten sind. Ind. 16 Monitoringsystem Plattform T1. Dank dem Monitoring wurden 800 Jugendliche erfasst. Aufgrund einer differenzierteren Analyse (Jugendliche im Sprachaustausch, Zwischenjahr usw.) verbleiben 305 Jugendliche ohne Pläne oder Lösung, die eine Betreuung benötigen. Es ist das erste Mal, dass ein genauer Überblick über die Situation vorliegt. Es wird zu beobachten sein, wie diese Zahl sich über die nächsten Jahre hinweg entwickelt, um festzulegen, ob auf der Ebene der obligatorischen Schule Massnahmen ergriffen werden müssen. In zahlreichen Fällen befinden sich diese Jugendlichen in einer schwierigen persönlichen Situation, was die Schwierigkeiten bei der Berufswahl in den Hintergrund rücken lässt. Diese 305 Jugendlichen werden persönlich kontaktiert, um ihnen Lösungen anzubieten. Sie können sich insbesondere bei Berufsschulen anmelden, um dort Kurse zu besuchen, bis sie eine Lehrstelle gefunden haben (bis 15. November) oder eine Integrationsvorlehre (INVOL) absolvieren. Die DB hat den Kommissionsmitgliedern den Tätigkeitsbericht 2020 der Plattform T1 vorgelegt. Ind. 17: Verfeinerung der Gründe für Vertragsauflösungen, um den Prozentsatz durch die Verbesserung der Orientierung zu senken. Ind. 20: INVOL. Bis vor kurzem war die Integrationsvorlehre Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung L vorbehalten, wurde nun aber auch für spät zugewanderte Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C geöffnet. Die Höhe des Bundesbeitrags hängt von der Zahl der Kandidaten ab.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>5. Personal</b>		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Die Prüfungen im Juni 2021 werden unter normalen Voraussetzungen stattfinden, obwohl die Bedingungen für die Jugendlichen insbesondere im Hotel- und Gastgewerbe besonders waren. Ohne ihre Kompetenzen in Frage zu stellen, wurde auf Bundesebene eine Redimensionierung der Prüfungen beschlossen und die Experten werden der fehlenden Praxis in bestimmten Branchen Rechnung tragen.		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

## Dienststelle für Hochschulwesen

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Der Staatsrat hat beschlossen, die beiden Ämter für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Brig und Sitten, die heute zur Dienststelle für Berufsbildung (DB) gehören, zusammenzulegen. Das neue Amt wird in die Dienststelle für Hochschulwesen (DH) integriert und auch die Aufgaben im Bereich Weiterbildung werden dieser Dienststelle angegliedert. Dieser Transfer muss der Herausforderung der Erwachsenenbildung und der Tatsache, dass Menschen ihren Beruf möglicherweise mehrmals im Leben wechseln, gerecht werden.		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PM 2: Finanzierungsvereinbarung für die HES-SO 2021–2024. Die Vereinbarung wird im Juni 2021 von den kantonalen Bildungsministern unterzeichnet. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Kontrolle des Kostenanstiegs der HES-SO gewidmet, wobei gleichzeitig ihre Entwicklung gewährleistet wurde. PM 5: Überwachung der Privatschulen. Im Frühling 2021 hat der Staatsrat das neue Reglement über die Überwachung der Aktivitäten von Privatschulen angenommen, damit die DH diese Schulen überwachen, sie aber gleichzeitig bei ihren Entwicklungsprojekten begleiten kann, damit sie die öffentlichen Schulen nicht konkurrenzieren. Dabei denkt die DH insbesondere an die Hotelfachschulen. Im Rahmen des Budgets 2021 hat der Grosse Rat 0,5 VZE für die Überwachung der Privatschulen genehmigt. PM 9: Revision des Gesetzes über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten Die Revision kann erst in Angriff genommen werden, wenn eine klare Vision zur Hochschullandschaft bis 2027 und zur Frage einer Universität im Wallis besteht. Das neue Gesetz muss auch im Einklang stehen mit dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) und dem Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG). Der Entwurf ist für 2022 geplant.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 13 bis 19: Rückgang der Durchschnittskosten pro Studierenden aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Anzahl Studierender in den einzelnen Studienrichtungen. Die HES-SO Valais Wallis geht mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die im Budget und nicht beim Rechnungsabschluss festgelegt werden, sehr haushälterisch um.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

**Ergänzende Bemerkungen:**

Rubr. 36: Gemäss Staatsratsentscheid hat der Kanton Wallis das Ausgleichsverfahren der autonomen Anstalten, die der PKWAL angeschlossen sind, vollumfänglich subventioniert. Für die DH ist der Betrag besonders hoch (38 Millionen Franken), da 600 Mitarbeitende der HES-SO Valais-Wallis (32 Millionen Franken), von UniDistance und der Musikhochschule davon betroffen sind.

Rubr. 42: Rückerstattung von Beiträgen an die HES-SO Valais-Wallis (1,5 Millionen Franken). Gemäss dem Reglement der HES-SO Valais-Wallis ist der Überschuss des Reservefonds ab einem bestimmten Betrag an den Kanton zurückzuzahlen.

Rubr. 48: Das Budget für die Rubriken, welche die EPFL betreffen, wurde nicht vollständig aufgebraucht. Die Betriebsaufnahme, insbesondere der Demonstrationsanlagen, wurde verschoben. Dies wurde für künftige Budgetplanungen berücksichtigt.

**5. Personal**

Eventuelle Bemerkungen: –

**6. Zusätzliche Informationen****HF in Pflege**

Im März 2021 wurde der Studiengang für Französischsprachige in Monthey eröffnet (17 Studierende). Der ordentliche Studienbeginn findet jedoch im kommenden September statt. Da der Bedarf im Oberwallis grösser ist, kann der Studiengang in Visp im Frühling und im Herbst begonnen werden (25 Studierende pro Studiengang). Der Studiengang in Monthey soll ebenfalls 25 Studierende pro Klasse zählen.

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

1. Prioritäre Massnahmen
2. Indikatoren

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

## Kantonale Dienststelle für die Jugend

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>	
<p>Die Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder waren während des gesamten Jahres 2020 geöffnet, selbst während des Lockdowns im Frühling. Sie haben sich immer wieder flexibel gezeigt und sich an die Massnahmen und die gesundheitliche Entwicklung angepasst. Es wurden 3 Millionen Franken an die Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder entrichtet, um die Verluste durch nicht erfolgte Platzierungen auszugleichen. Die Lohnkosten machen 85 Prozent dieser Kosten aus. Der Betrag von 3 Millionen Franken wurde im Verhältnis zur Lohnsumme an die Einrichtungen ausbezahlt, was dank einem objektiven und unkomplizierten Verteilschlüssel eine rasche Zuweisung der Beträge ermöglichte.</p> <p>Der Bundesrat hat seine Entscheidung, dass nur private Betreuungseinrichtungen finanziell unterstützt werden können, revidiert. Der bereits überwiesene Unterstützungsbetrag wird berücksichtigt, falls der Bundesrat öffentlichen Einrichtungen finanzielle Hilfe gewähren sollte. Der bereits überwiesene Betrag deckt mehr als die Hälfte der Verluste ab. Es bleibt abzuwarten, ob der Kanton zusätzliche Hilfe gewährt, denn auch die Gemeinden müssen einen Teil der Verluste tragen, nachdem der Kanton in anderen Bereichen grosszügig interveniert hat.</p> <p>Während der Legislaturperiode wurden 1'300 zusätzliche Plätze für die Kleinkinderbetreuung geschaffen. Nun wird es darum gehen, den Beruf über die Löhne aufzuwerten, insbesondere über die STAF-Kompensationsmassnahmen. Im Hinblick darauf will das Departement sicherstellen, dass dieses Geld den Mitarbeitenden und nicht den Verbänden oder Einrichtungen zugutekommt. Voraussetzung dafür ist, dass sie 2020 in der Einrichtung gearbeitet haben und auch 2021 noch dort arbeiten. Dies entspricht 5'500 Franken für eine 100-Prozent-Stelle im Jahr 2021. 2022 soll die Beitragsskala überarbeitet werden,</p>	

um die niedrigsten Löhne, jene unter 4'000 Franken, aufzuwerten. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Verbands Walliser Gemeinden nimmt sich diesem Projekt an.

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 2: Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Es wurde Material für die Verteilung an Betreuungseinrichtungen gekauft. Allerdings war es aufgrund der Gesundheitskrise nicht möglich, Personal zu rekrutieren und auszubilden. Zudem sieht das Konzept die Integration fremdsprachiger Kinder vor dem Eintritt in den Kindergarten vor, indem sie tageweise in die Krippe gehen, damit sie unter andere Kinder kommen und Grundkenntnisse erlangen können.</p> <p>PM 7: COCHEM-Modell. Umsetzung (Pilotprojekt bis Ende Juni 2020) des Modells in den Bezirken St-Maurice, Martigny und Entremont. Die KESB und die Bezirksgerichte sind aufgerufen zusammenzuarbeiten. Auch die Anwaltschaft wird dazu aufgefordert, ihre Praxis zu ändern und vereinfachte Anträge zu stellen, damit die Eltern für die Auswirkungen eines Scheidungskonflikts auf ihre Kinder sensibilisiert werden, bevor sie vor Gericht gehen. Auf Antrag des Richters, der feststellt, dass die Eltern keine Einigung finden, wird eine Mediation eingeleitet. Die ersten fünf Sitzungen sind gratis. Auf diese Weise erscheinen die Eltern mit Lösungsvorschlägen vor Gericht, die es dem Richter ermöglichen, den Fall voranzubringen, um zu vermeiden, dass sich der Konflikt verhärtet.</p> <p>PM 10: Neuverhandlung eines Leistungsvertrags mit dem Spital Wallis im Bereich der Kinderpsychiatrie. Dieses Dossier ist noch in Arbeit und weist Verzögerungen auf.</p> <p>PM 11: Autismus-Spektrum-Störung-Konzept. Die vom Kantonsarzt geleitete Arbeitsgruppe hat dem Staatsrat einen zusätzlichen Bericht unterbreitet. Der Staatsrat wird dazu aufgefordert, die Massnahmen zu priorisieren, da die Umsetzung des vorgestellten Projekts aufgrund seiner Tragweite sehr komplex ist und keine Zwischenvariante vorsieht. Der Staatsrat geht davon aus, dass die Wirkung besser ist, wenn rasch gehandelt wird. In diesem Bereich ist politische Unterstützung erforderlich, damit das Dossier vorankommt. Zurzeit besteht im Wallis kein Angebot, weshalb die Kinder in Einrichtungen betreut werden, die nicht angemessen sind.</p>		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Ind. 8: Die Dienststelle kann sich zurzeit auf eine einzige professionelle Pflegefamilie abstützen. Obwohl es wünschenswert wäre, diese Zahl zu erhöhen, ist die Situation im Wallis dank dem Engagement der Zivilgesellschaft nicht schlecht (154 Pflegefamilien).</p> <p>ZET: Einstellung von 7 VZE und Frist für logopädische Beurteilungen auf vier Monate verkürzt.</p>		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

**Ergänzende Bemerkungen:**

Rubr. 38: Der Betrag, der unter der Rechnung 2019 aufgeführt ist, wurde für verschiedene Arbeiten verwendet. Ein neuer Fonds für die Finanzierung von Arbeiten im Institut St-Raphaël und im Foyer La Chaloupe wurde geschaffen.

Die Kosten für ausserkantonale Platzierungen in spezialisierten Einrichtungen beträgt rund 650 Franken pro Tag. Es gab ziemlich viele Problemsituationen im Jahr 2020, insbesondere im Oberwallis, wo es nur ein einziges offenes Heim (Mattini) gibt. Einige Kinder mussten für mindestens drei bis sechs Monate in Deutschschweizer Heimen untergebracht werden. Die zugewiesenen Beträge wurden im Rahmen des Budgets 2021 erhöht, da die vergangenen Rechnungsjahre gezeigt haben, dass die Mittel unzureichend waren. Zurzeit ist im Wallis die kritische Masse, die für die Schaffung einer geschlossenen Einrichtung erforderlich wäre, nicht vorhanden.

**5. Personal**

Eventuelle Bemerkungen: –

**6. Zusätzliche Informationen****Vision für die kommenden vier Jahre**

- Die Dienststelle in ruhigere Bahnen lenken, da die nervliche und emotionale Belastung der Mitarbeitenden besonders gross ist.
- Den Kinderschutz stärken, denn es besteht ein sehr grosser Bedarf nach entsprechenden Leistungen, obwohl die Mitarbeitenden hervorragende Arbeit leisten.

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

**3. Prioritäre Massnahmen**

Die für die Legislatur 2021–2023 neu gewählte Kommission EBKS wird auf die Dossiers betreffend die Kinderpsychiatrie (PM 10) und die Betreuung von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störungen (PM 11) besonders aufmerksam gemacht.

**4. Indikatoren**

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

Die Präsidentin  
Patricia Constantin

Der Berichterstatter  
Jean-Pierre Terrettaz

**Anhang****Übersicht über die wichtigsten Verpflichtungskredite für Energypolis**

<b>Campus Valais-Wallis</b>	Crédit	Paiements effectués		Solde	Part du canton
		années précédentes	année 2020		
Crédit cadre	409'900'000			108'910'000	
Crédits d'engagement gérés par l'Etat Création campus Energypolis (yc achat bâtiment hors crédit cadre)	54'700'000	48'478'462	1'524'342	4'784'724	4'684'004
Plateformes pré-industrielles BioArk	12'000'000	12'000'000	-	-	-
Démonstrateurs	5'000'000	-	-	5'000'000	5'000'000
Energypolis B	58'550'000	21'211'369	2'802'114	34'577'269	31'119'542
Bioark 2 et 3	11'000'000	3'000'000	5'800'000	2'200'000	2'200'000
Parc innovation	25'000'000		263'817	24'736'183	24'736'183
Plateformes pré-industrielles équipement (hors crédit cadre)	6'000'000	5'652'096	-	-	-
	<b>172'250'000</b>	<b>90'341'927</b>	<b>10'390'273</b>	<b>71'298'177</b>	<b>67'739'730</b>



Grand Conseil  
Commission de l'économie et de l'énergie

Grosser Rat  
Kommission für Volkswirtschaft und Energie

**CANTON DU VALAIS**  
**KANTON WALLIS**

## **Controllingberichte der thematischen Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020**

**Dienststelle für Energie und Wasserkraft  
Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten  
Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation  
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit**

Die Kommission VE ist am Montag, 12. April 2021, von 08:30 bis 12:00 Uhr, im  
Grossratssaal in Sitten zusammengetreten.

### **Kommission VE:**

<b>Mitglieder</b>	<b>Vertreten durch</b>	<b>12.04.2021</b>
RIESEN Vincent, PLR, Präsident		X
ROTEN Vincent, PDCC, Vizepräsident		X
DARBELLAY Fanny, Berichterstatterin		X
AMOOS Emmanuel, ADG/LA		X
ANCAY Tarcis, ADG/LA		X
BALLAY Jasmine (Suppl.), PLR		X
CARRUPT Nicole, PLR		X
CONTAT Pierre, UDC	UDRESSY Jean-Baptiste	X
CRETTON Nathalie, Les Verts		X
FRABETTI Bernhard, SVPO		X
FUX-BRANTSCHEN Gaby, CVPO		X
PELLOUCHOUD François, UDC		X
SCHNYDER Michel, CSPO		X

**FIKO:** STUDER Rainer

**Parlamentdienst:** SIERRO Nicolas, Adjunkt, Kommissionssekretär

### **Vertreter des DFE:**

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Departementsvorsteher  
FOURNIER Joël, Chef der Dienststelle für Energie und Wasserkraft (DEWK)  
THEYTAZ Isabelle, Verantwortliche für das Departementscontrolling

### **Vertreter des DVB:**

DARBELLAY Christophe, Staatsrat, Departementsvorsteher  
BONVIN François, Verantwortlicher für das Departementscontrolling  
ZURWERRA Martin, Chef des Rechtsdienstes für Wirtschaftsangelegenheiten (RDWA)  
DINI Sophia, Delegierte für Wirtschaft und Innovation  
BIANCO Eric, Chef der Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI)  
BLANCHET Samuel, Controlling, DWTI  
KALBERMATTEN Peter, Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA)  
MAYORAZ Frédéric, wissenschaftlicher Mitarbeiter, DIHA

# Dienststelle für Energie und Wasserkraft

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Das Departement hebt folgende Punkte hervor:		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Energiebereich ist stark abhängig von der Bundespolitik und dem zukünftigen CO2-Gesetz. Die Strategie ist trotz des Erfolgs des Gebäudeprogramms (fast 26 Mio. im Jahr 2020) nicht auf Kurs. Im Energiegesetz könnten verbindliche Massnahmen vorgesehen werden.</li> <li>• Wasserkraft: Studien zeigen, dass sich das für die Schweiz benötigte Potenzial im Wallis befinden könnte. Allerdings müssen Kompromisse mit den Umweltverbänden gefunden werden.</li> <li>• Es wurde ein Leitfaden verfasst, um die Konzessionsgemeinden über die einzuhaltenden Verfahren bei Konzessionsheimfällen zu informieren.</li> <li>• OIKEN und FMV wollen nun zusammenarbeiten. Andere Verteiler haben Verhandlungen mit FMV aufgenommen, die als Kompetenzzentrum im Kanton fungiert.</li> </ul>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>PM 2 Kommunikation und Information der Gemeinden:</b> Der Kanton übernimmt derzeit sämtliche Kosten. Es laufen Gespräche mit der Wirtschaft. <b>PM 3 Energiegesetz:</b> Die Vernehmlassung wird Mitte Mai 2021 starten. <b>PM 7 Gewässersanierung:</b> Drei Bereiche sind betroffen: Geschiebehauhalt, Fischmigration und Schwall-Sunkbetrieb. Es laufen Arbeiten auf Geheiss des Kantons. Die ersten Resultate werden Ende 2021 vorliegen. Die Problematik der Restwassermenge ist praktisch gelöst. <b>PM 11 Teilrevision der kantonalen Gesetzgebung über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte:</b> Mehrere Gesellschaften haben versucht, eine Senkung der Wasserkraftsteuern zu erwirken. Das Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte muss klarer werden. Die ständige Kontrollkommission für die Anlagen befindet sich im Aufbau.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>IND 1:</b> Die Gründe für die Zunahme des Endenergieverbrauchs sind nicht bekannt. Denkbar wären das Klima, die Zunahme der Anzahl Gebäude und statistische Abweichungen. Was den Erdgasverbrauch betrifft, so will der Kanton den Ausbau des Gasnetzes verlangsamen.		

<b>IND 5 und 7 erneuerbare Energie:</b> Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) hat der Installation von Sonnenkollektoren auf den Gebäuden Auftrieb verliehen. Mit dem Wegfall der KEV nimmt die Fläche der installierten Sonnenkollektoren ab. Das Phänomen ist weit verbreitet, hängt aber auch vom Tarif ab, der von den Stromverteilern gezahlt wird. Einige Gemeinden bieten finanzielle Unterstützung an. Ein Kommissionsmitglied weist auf die Hindernisse hin, die von den Verteilern in den Weg gelegt werden, insbesondere die bei einem Wechsel zu einem anderen Energieträger berechneten Gebühren.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p><b>39:</b> Der Förderfonds ist mit dem Budget 2021 fast leer. Der vom Grossen Rat angenommene Verpflichtungskredit erlaubt zwar mehr Flexibilität, aber im Budget 2022 werden zusätzliche Ausgaben vorgesehen. Der Departementsvorsteher will, dass das Energieförderprogramm eine Regierungspriorität bleibt, um das Globalbudget von 25 Millionen Franken zu gewährleisten.</p> <p>Eine Übersicht über den Stand der Fonds der Dienststelle findet sich im Anhang.</p> <p>Zur Information: Die FMV-Dividende fliesst in den FMV-Fonds, die Anfangsgebühr nicht.</p>		
<b>5. Personal</b>		
–		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
Höchstspannungsleitung: Der Departementsvorsteher will die Studie für die Versetzung der Masten vorantreiben, denn es könnte sein, dass Swissgrid mit den Arbeiten in Verzug gerät. Beim heutigen Stand der Dinge erfolgt eine allfällige Versetzung nach dem Bau der Leitung.		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

–

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

# Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Die Covid-Krise hat die Tätigkeit des Rechtsdienstes für Wirtschaftsangelegenheiten stark geprägt. Obwohl die zusätzliche Arbeitsbelastung für den Rechtsdienst im Rahmen der Covid-Massnahmen relativ gering war, musste die tägliche Arbeit doch unter erschwerten Bedingungen ausgeführt werden. Dies ist einer der Gründe, warum die Revision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen nicht wie geplant vorankam. Aus technischen Gründen konnte ein erster Vorentwurf des Gesetzes betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen erst dieses Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden. Die Eröffnung des parlamentarischen Verfahrens ist für diesen Herbst vorgesehen.</p>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u>  <b>PM 4 Revision des Gesetzes betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen</b>            Es wurde alles darangesetzt, um den Handlungsspielraum und den Willen der Partner im Vorentwurf zu berücksichtigen. Die Frage des Ausführungsortes sorgte für ausgedehnte Diskussionen. Die Vernehmlassung läuft noch bis Ende Juni 2021.</p>		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u>  <b>IND 4 Verhältnis zwischen der Anzahl eingereicherter Beschwerden und der Anzahl im Laufe des Jahres ergangener Entscheide:</b> Aufgrund der Veränderungen innerhalb der Dienststelle konnten im Verlaufe des Jahres lediglich 68 Beschwerden behandelt werden, was unter den Zahlen der letzten Jahre liegt. Seit dem 1. Januar 2021 sind alle Stellen besetzt.</p>		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	–	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	–	

**Ergänzende Bemerkungen:**

**42:** Der Anstieg der Entgelte um 10 Prozent ist auf die Dossierzunahme (+400 neue Dossiers) zurückzuführen.

**5. Personal**

-

**6. Zusätzliche Informationen****Bemerkungen:**

Der Bericht über die Selbstkontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen steht kurz vor der Fertigstellung. Er wird demnächst auf der Website des Staates Wallis veröffentlicht.

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

-

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

## IV. Verschiedenes

### Flughafen Sitten:

Zur Erinnerung: Der Staatsrat hat sein Regierungsprogramm am 6. Dezember 2017 verabschiedet. Es umfasst zwei prioritäre Massnahmen und Projekte für den Flughafen Sitten:

- Umwandlung des Flughafens Sitten in ein strategisches Instrument für die Wirtschaft und den Tourismus des Kantons
- Festlegung einer Luftfahrtpolitik im Rahmen des kantonalen Mobilitätskonzepts 2040 und Annahme der Führungs- und Entwicklungsstrategie für den Flughafen Sitten

Der Flughafen Sitten stellt mit finanziellen Auswirkungen von 76,2 Millionen Franken für das gesamte Wallis (Zahlen von 2018) eine Verkehrsinfrastruktur von kantonaler Bedeutung dar. Am 18. Mai 2020 hat sich die ständige Delegation für den Flughafen Sitten dafür ausgesprochen, die Aufgabe betreffend die kantonale Luftfahrtpolitik im Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV) zu verankern, das derzeit revidiert wird. In der Tat sieht das GöV bereits den Grundsatz der Finanzierung der Flughafeninfrastrukturen vor. Das neue GöV wird insbesondere ein Kapitel enthalten, das die Verwaltung des Flughafens Sitten durch den Kanton und die Möglichkeit eines Betriebs durch Dritte vorsieht. Das GöV wird dem Staatsrat im Rahmen einer zukünftigen ordentlichen Sitzung präsentiert und anschliessend in die Vernehmlassung geschickt werden.

An seiner Sitzung vom 24. Juni 2020 hat der Staatsrat beschlossen, die Governance des Projekts «Kantonalisierung des Flughafens Sitten» anzupassen. Diese neue Governance vereinigt die hauptsächlichen, direkt vom Projekt betroffenen Akteure. Der Kanton arbeitet Hand in Hand mit der Stadt Sitten, um dem Grossen Rat eine Strategie für die Zukunft des Flughafens Sitten vorschlagen zu können. Dies unter Vorbehalt der Annahme des revidierten GöV. Zur Erinnerung: Das SIL-Objektblatt fasst die Rahmenbedingungen für jede Flughafenanlage zusammen. Darin werden insbesondere der Flughafenperimeter, die Lärmbelastung sowie die Luftfahrthindernisse festgelegt. Alle Thematiken, welche die Planung beeinflussen können, müssen im entsprechenden Koordinationsblatt geregelt werden.

Die Ausarbeitung des SIL-Objektblatts und die Überlegungen zur Zukunft des Flughafens finden daher parallel statt, um eine kohärente und optimale Entwicklung des Flughafens Sitten zu gewährleisten. Die für die Koordination der Ausarbeitung des SIL-Objektblatts zuständige Gruppe wartet derzeit auf die Berechnung der Lärmkurve. Diese hängt von der Vision für die Entwicklung des Flughafens ab, die bis dato noch nicht festgelegt wurde.

Auf die Frage, wer das Defizit des Flughafens übernehmen müsse, antwortet das Departement, dass der finanzielle Aspekt im GöV geregelt wird. Der Betriebsverlust wird vom Kanton und sämtlichen Walliser Gemeinden nach dem Verteilschlüssel der NFA II (70-30) übernommen.

# Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>PM 1 GBB:</b> Derzeit kümmert sich die Dienststelle hauptsächlich um Projekte, bei denen Darlehen beantragt werden. Bis dato gab es nicht wirklich Projekte, bei denen eine Subventionierung beantragt wurde, mit Ausnahme der Verbindung Grimentz–Zinal. Was Zermatt betrifft, so laufen Gespräche hinsichtlich einer Hilfe von 4 Millionen Franken.  <b>PM 8 Flughafen Sitten:</b> Der Staatsrat hat dem Grossen Rat das Gesetz über den öffentlichen Verkehr im Juni 2014 angekündigt. Ziel des Staatsrates ist es, dem Grossen Rat noch im Jahr 2021 einen Entwurf zu unterbreiten.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Die Pandemie hat die Erreichung mehrerer Indikatoren massgeblich beeinflusst.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>IND 3 finanzielle Verpflichtungen des CCF:</b> Es gibt zwei verschiedene Finanzierungsarten: die Kantonsbürgschaft und die Bundesbürgschaft über die Westschweizer Bürgschaftsgenossenschaft. Seit 2016 drängt das Departement darauf, dass die erste Bürgschaftstranche generell durch die Westschweizer Bürgschaftsgenossenschaft gewährt wird, da sich die Beteiligung des Kantons Wallis an diesen Bürgschaften auf 35 Prozent beläuft. Die kantonale Bürgschaft wird ihrerseits zu 100 Prozent vom Kanton übernommen. Die Bürgschaft der Westschweizer Bürgschaftsgenossenschaft kommt die Unternehmer allerdings etwas teurer zu stehen.  <b>IND 17 Kundenzufriedenheit:</b> Oft bestimmt die Höhe der gewährten Hilfe den Zufriedenheitsgrad der Kunden. Im Jahr 2020 wurden Kunden aus den von der Covid-Subventionierung betroffenen Branchen befragt.  <b>Ansiedlung von Unternehmen im Wallis:</b> vgl. Indikator 13 => 8 darunter 1 GGba und 7 direkt.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	

Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u>  Folgende Elemente gilt es hervorzuheben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgaben für die Leistungsaufträge (VWP, The Ark, CimArk, CCF AG, Regions- und Wirtschaftszentren, GGBa, Tourismusobservatorium, IDIAP usw.) in der Höhe von 20'767'000 Franken, davon 1'000'000 Franken zusätzlich an CCF AG zur Ergänzung des Seed Money Fonds</li> <li>• Zahlung von 4'443'600 Franken an PKWAL für die Kompensationsmassnahmen (strukturelle Reformen 2020) für VWP, CimArk, CCF AG und ARVr</li> <li>• Zuweisungen an Spezialfinanzierungsfonds zur Deckung von Risiken für Verluste aus IHG- und NRP-Darlehen und Bürgschaften der CCF AG in Höhe von 1'013'138 Franken</li> <li>• Unterstützung in Form von Darlehen und Investitionsbeiträgen für den Bau des BioArk 3 in Monthey, des BioArk 2 in Visp und des IdeArk in Martigny für einen Gesamtbetrag von 6'300'000 Franken.</li> <li>• Gewährte NPR-Darlehen in Höhe von 25'737'750 Franken (hauptsächlich für die Tourismusbranche)</li> <li>• Wohnbauhilfen in spezifischen Gebieten (PSRM) und Förderung von Wohneigentum und preisgünstigem Wohnen (CHWEG) über das kantonale Amt für Wohnungswesen für einen Betrag von 2'300'000 Franken.</li> </ul> <p><b>30:</b> Der Anstieg zwischen 2019 und 2020 erklärt sich durch Stellenfluktuationen zwischen den Jahren. Insbesondere im Zusammenhang mit den Erfahrungsanteilen.</p> <p><b>Strassenrad-WM:</b> 2019 wurde ein Betrag von 2 Millionen Franken entrichtet und bis dato gab es keine Rückzahlung oder neuerliche Zahlung.</p>		
<b>5. Personal</b>		
–		
<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u>		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)

–

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

–

# Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

## I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<p>Seit März drehte sich die Tätigkeit der DIHA fast ausschliesslich um die wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise. Bei der DIHA gingen Tausende von Anträgen auf Kurzarbeitsentschädigung (KAE) ein und Hunderte von Arbeitssuchenden haben sich bei den RAV angemeldet.</p> <p><b>KAE:</b> Die DIHA hat dazu beigetragen, die katastrophalen Folgen der Krise abzufedern, indem sie Tausenden von Unternehmen den Zugang zu KAE ermöglicht hat. 2020 wurden mehr als 16'000 KAE-</p>		

Anträge eingereicht, während es in einem normalen Jahr nur deren 70 sind. Bis dato sind 99,9 Prozent der Dossiers 2020 bearbeitet und geregelt worden. Die restlichen Dossiers sind von einem Gericht hängig.

**Covid-Angels:** Die DIHA hat mit dem Verband der Walliser Bergbahnen (WBB) eine Partnerschaft ausgehandelt. Das Projekt mit dem Namen «Covid-Angels» zielt darauf ab, die Prävention auf den Skipisten zu verstärken und die strikte Einhaltung und Anwendung der geltenden Schutzkonzepte zu garantieren. Dieses Projekt wurde zu 60 Prozent durch den kantonalen Beschäftigungsfonds und zu 40 Prozent durch die Walliser Bergbahnunternehmen finanziert.

**Ausländische Arbeitskräfte:** Es wird eng mit Lonza zusammengearbeitet, um die Entwicklung des IBEX-Standortes und insbesondere die Einrichtung der Produktionslinien für den Moderna-Impfstoff zu fördern (440 Bewilligungen für entsandte Arbeitnehmer/innen / 43 bearbeitete Dossiers betreffend Arbeitnehmer/innen aus Drittstaaten).

**Wirtschaftslage im Kanton:** Die Dienststelle bezweifelt den von der WKB vorhergesagten Aufschwung. Sie will ein zweites, weniger rosiges Szenario erstellen. All jene, die momentan auf Kurzarbeit sind, sind potenziell von der Arbeitslosigkeit bedroht.

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	–
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>PM 1 Beschäftigungsstrategie:</b> Die beiden kantonalen Teilprojekte haben keine Daseinsberechtigung mehr, da analoge Projekte auf Bundesebene laufen.		
<b>PM 5 6 Gesetz betreffend die Ladenöffnung:</b> Die Vernehmlassung ist abgeschlossen. Die Antworten sind breit gefächert. Der Staatsrat wird seinen Entwurf verabschieden und dem Grossen Rat Ende 2021 zur ersten Lesung unterbreiteten.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>IND 1 bis 6:</b> Die Dienststelle ist der Ansicht, dass bestimmte Indikatoren nach Altersgruppen differenziert werden sollten, da die über 50-Jährigen am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>30:</b> Das in dieser Rubrik ausgewiesene Budget entspricht der vom SECO genehmigten Obergrenze. In der Rechnung müssen jedes Jahr Korrekturen vorgenommen werden. Der Rückgang erklärt sich durch die Nicht-Erneuerung von Ressourcen Anfang 2020.		

**45:** Der Beschäftigungsfonds musste nicht beansprucht werden, da die Massnahmen für Arbeitslose aufgrund von Covid-19 nicht durchgeführt werden konnten.

Eine Fondsübersicht findet sich im Anhang zu diesem Bericht.

<b>5. Personal</b>		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u> Die vom Grossen Rat geforderte Staffelung der Arbeiten des Staates über das ganze Jahr wurde noch nicht umgesetzt. Der Ball liegt bei der Dienststelle für Mobilität, welche die diesbezüglichen Überlegungen leitet.		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022)**

–

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle**

–

## **Anhang: Stand der Fonds der DIHA**

### **Kantonaler Beschäftigungsfonds (KBF)**

#### **Gesetzesgrundlagen**

Der kantonale Beschäftigungsfonds ist ein Spezialfonds im Sinne von Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Juni 1980 über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG).

Gesetz über die Beschäftigung und die Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen vom 23. November 1995 (nachstehend: BMAG)

Dieses Gesetz bildet die Grundlage für den kantonalen Beschäftigungsfonds, der den ehemaligen ALV-Fonds ablöst (Art. 27 ff. des Dekrets vom 26. Juni 1992 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, die Arbeitslosenversicherung und die kantonalen Ergänzungsmassnahmen, DAAE).

Das Kantonsparlament hat das BMAG verabschiedet, das am 1. Mai 1996 in Kraft getreten ist und das DAAE aufgehoben hat. Dieses kantonale Gesetz regelt die Anwendung des eidgenössischen Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG), des eidgenössischen Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) und der kantonalen Ergänzungsmassnahmen.

Angesichts der unablässig steigenden Zahl von Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten sowie der laufenden Revisionen des AVIG, die den Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung und nicht die Entschädigung legen, hat der kantonale Gesetzgeber beschlossen, die bestehenden kantonalen Massnahmen für Ausgesteuerte anzupassen. Konkret hat er kantonale Ergänzungsmassnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung und weitere Massnahmen geschaffen, welche die Integration begünstigen und nicht von der Arbeitslosenversicherung subventioniert werden. Es wurde beschlossen, dass alle kantonalen Massnahmen sowie die Ergänzungen zu den Bundesmassnahmen über den kantonalen Beschäftigungsfonds finanziert werden.

Das BMAG wurde im Jahr 2012 revidiert.

Gemäss Artikel 48 BMAG dienen die Mittel des Fonds:

- a) der Finanzierung der Einrichtungs- und Betriebskosten der RAV, die nicht von der Arbeitslosenversicherung übernommen werden;
- b) der Finanzierung der Zusammenarbeit mit den privaten Vermittlungsunternehmen;
- c) der Finanzierung der kantonalen Pauschalbeteiligung an den Kosten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der arbeitsmarktlichen Massnahmen;
- d) der Beteiligung an den Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen, die nicht durch die Arbeitslosenversicherung im Sinne von Artikel 59d AVIG gedeckt sind;
- e) der Finanzierung der ergänzenden kantonalen Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung sowie der BTV;
- f) der Finanzierung aller arbeitsmarktbezogenen Projekte oder Aufgaben;
- g) im Rahmen der IIZ der Vorfinanzierung von Wiedereingliederungsmassnahmen bei nicht geklärten Situationen sowie der Finanzierung von Wiedereingliederungsmassnahmen, die gemäss Artikel 42 Absätze 2 und 3 keinem Partner verrechnet werden können.

Zudem deckt der Fonds die Garantie des Kantons als Verantwortlicher für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung für die Kosten, die im Rahmen der vom SECO durchgeführten Kontrollen anfallen (vgl. Art. 83 Abs. 1 Bst. c AVIG). Artikel 114 Absatz 1 der Arbeitslosenversicherungsverordnung

(AVIV) sieht in diesem Zusammenhang vor, dass der Kassenträger oder der Kanton ersatzpflichtig ist, wenn eine zu Unrecht erfolgte Auszahlung nicht eingebracht werden kann.

## Finanzierung

### a) Beteiligung der Kantone und Gemeinden

Der KBF wird von Kanton und Gemeinden entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung geäuft.

- bis 2004: 50 Prozent Kanton / 50 Prozent Gemeinden
- bis 2007: 61 Prozent Kanton / 39 Prozent Gemeinden
- bis 2014: 63 Prozent Kanton / 37 Prozent Gemeinden
- ab 2015: 70 Prozent Kanton / 30 Prozent Gemeinden

### b) Entwicklung des Fonds

Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt hat erhebliche Auswirkungen auf die Budgetplanung (Rückgang der Anzahl Gesuche Art. 92 Abs. 7 AVIG).

Das bedeutet wiederum, dass Massentlassungen und Wiedereingliederungsmassnahmen für über 50-jährige Ausgesteuerte (Einarbeitungszuschüsse und Praktika) sowie für Arbeitssuchende mit Migrations- oder Asylhintergrund vorweggenommen werden müssen.

Es ist wichtig, dass der KBF die Möglichkeit hat, unvorhergesehene Entwicklungen (wirtschaftliche, politische und soziale Rahmenbedingungen) abzufedern, die sich auf die Arbeitsmarktaussichten für Ausgesteuerte auswirken (empfohlene Bildung von Reserven von mindestens 5 Mio.). Der Chef der DIHA hatte sich mit dem Chef der kantonalen Finanzverwaltung und dem ehemaligen Finanzminister auf diesen Betrag geeinigt.

#### Entwicklung KBF

Jahr	Äufnung			Jahresergebnis	Saldo des Fonds
	Kanton	Gemeinden	Total		
2017	9'938'810.00	4'259'490.00	14'198'300.00	1'784'490.45	<b>10'094'680.95</b>
2018	8'387'610.00	3'594'690.00	11'982'300.00	404'514.69	<b>10'499'195.64</b>
2019	8'721'300.00	3'737'700.00	12'459'000.00	-1'575'176.57	<b>8'924'019.07</b>
2020	9'450'000.00	4'050'000.00	13'500'000.00	2'153'401.09	<b>11'077'420.16</b>

## Ziele

Ziel des KBF ist es, die sozialen Kosten der Gemeinden solidarisch zu reduzieren. Die Massnahmen zur Wiedereingliederung der Ausgesteuerten in den Arbeitsmarkt kommen der Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Gemeinwohl (soziale Sicherheit) zu Gute.

Der KBF bietet ein zusätzliches Sicherheitsnetz für Personen, die Schwierigkeiten bei der Stellensuche haben und erspart ihnen den direkten Gang zum Sozialamt.

Der Fachkräftemangel kann durch die Wiedereingliederung von über 50-jährigen Langzeitarbeitslosen entschärft werden. Die Massnahmen in Unternehmen tragen dazu bei.

Unvorhergesehene Ereignisse wie Massentlassungen, Massnahmen im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit und die Koordination der Beteiligung an den Kosten der Arbeitslosenversicherung nach Artikel 92 Absatz 7 AVIG sowie die Unterstützung von Personen nach Artikel 59d sind die Hauptaufgaben, die es zu bewältigen gilt.

Der KBF deckt ebenfalls die Kosten ab, die nicht von der ALV übernommen werden, und bietet die nötige Sicherheit, damit die RAV und die LAM ihre Aufgaben wahrnehmen können (Trägerhaftung).

## Hotellerie- und Restaurantfonds:

### Gesetzesgrundlage

Gesetz über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken (GBB: [https://lex.vs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/935.3](https://lex.vs.ch/app/de/texts_of_law/935.3))

Art. 23:

*Kantonaler Fonds für die Aus- und Weiterbildung*

1

*Der kantonale Fonds für die Aus- und Weiterbildung ist ein Spezialfonds im Sinne des Finanzhaushaltgesetzes. Er wird gemäss Artikel 22 Absatz 1 des vorliegenden Gesetzes geüfnet, verzinst und trägt auch die durch seine Verwaltung anfallenden Kosten. \**

2

*Die Mittel des kantonalen Fonds werden in Berücksichtigung der kantonalen Tourismuspolitik grundsätzlich zur Finanzierung der tatsächlich durchgeführten Aus- und Weiterbildungskurse und zur Förderung der Berufe in der Beherbergung und Bewirtung verwendet.*

### Finanzierung

**Dieser Fonds wird durch die jährliche Abgabe geüfnet**, die von den Inhabern einer Betriebsbewilligung gemäss GBB erhoben wird (60 % der Abgabe fliessen in den Fonds). Diese Abgabe wird nach dem Umsatz der betroffenen Betriebe berechnet.

Jahr	Äufnung	Jahresergebnis	Saldo des Fonds
2018	964'164.00	- 460'806.45	<b>808'016.40</b>
2019	1'035'367.00	-242'443.38	<b>565'573.02</b>
2020	1'006'860.00	50'218.05	<b>615'791.07</b>

### Zweck

Dieser Fonds soll es in erster Linie ermöglichen, die Weiterbildung im Gastgewerbe zu fördern. Zu diesem Zweck hat der Staatsrat eine Kommission eingesetzt, welche die jährlichen Budgets vorschlagen soll. Diese Kommission besteht aus Vertretern von GastroValais, des Walliser Hoteliervereins, der Walliser Campings, dem Chef der DB und dem Chef der DIHA. Mit der HES-SO wurde ein Leistungsauftrag abgeschlossen, um die Ausbildungsqualität zu gewährleisten.

### Fonds zur Bekämpfung der Spielsucht

#### Rechtsgrundlage

Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK) vom 20. Mai 2019 (Inkrafttreten am 1. Januar 2021), welches die interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonale oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten vom 7. Januar 2005 ablöst.

Staatsratsentscheid vom 16. August 2007 zur Einrichtung eines Fonds zur Bekämpfung der Spielsucht und einer Verwaltungskommission für diesen Fonds.

## Äufnung

Gemäss GSK wird der Fonds durch die Zuweisung von Beträgen aus der Loterie Romande (LoRo) gespeist, die 0,5 Prozent des jährlichen Bruttospielertrags entsprechen. Eine vom Staatsrat ernannte Kommission zur Bekämpfung der Spielsucht ist für die Verwaltung dieses Fonds zuständig. Die Mitglieder dieser Kommission sind: der Chef der DIHA, der Kantonsarzt, der Chef der Dienststelle für Sozialwesen und ein Vertreter der Dienststelle für Unterrichtswesen.

Jahr	Äufnung	Jahresergebnis	Saldo des Fonds
2018		-17'340.00	<b>906'166.18</b>
2019		-102'414.95	<b>803'751.23</b>
2020		-68'586.07	<b>735'165.16</b>

## Zweck

Im Rahmen der Bekämpfung der Spielsucht wurden mit Sucht Wallis, Gesundheitsförderung Wallis und Caritas Wallis zweijährige Leistungsaufträge abgeschlossen.

Darin sind folgende Aufgaben vorgesehen:

- Beratung und Begleitung von Spielsüchtigen
- Beratung und Begleitung von Spielsüchtigen mit finanziellen Problemen
- Präventionskampagnen zur Bekämpfung der Spielsucht

## Fonds für nicht versicherbare Elementarschäden

### Rechtsgrundlage

935.701: Reglement betreffend die Verwendung des von der Loterie de la Suisse Romande zur Verfügung gestellten Fonds, um den Betroffenen von nicht versicherbaren Schäden, hervorgerufen durch die Naturgewalten, eine Hilfe zu gewähren ([https://lex.vs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/935.701](https://lex.vs.ch/app/de/texts_of_law/935.701))

### Finanzierung

Äufnung über die Walliser Delegation der Loterie Romande. Fondslimite: 5 Millionen Franken

Jahr	Äufnung	Jahresergebnis	Saldo des Fonds
2018		-1'386'511'75	<b>3'496'892.25</b>
2019		1'423'572.50	<b>4'920'464.75</b>
2020		-35'137.40	<b>4'885'327.35</b>

## Zweck

Die Mittel aus diesem Fonds dienen der Unterstützung von Betroffenen von nicht versicherbaren Elementarschäden. Er kommt bei umfangreichen Elementarschäden (Lawinen, Erdbeben, Überschwemmungen, Erdrutsche usw.) ergänzend zur Hilfe des Schweizer Fonds oder eigenständig zum Tragen.



# Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2020

Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB)

Fonds FIGI

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DMRU (VRDMRU)

Dienststelle für Mobilität (DFM)

Amt für Nationalstrassenbau (ANSB)

Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWSR)

## 1. Ablauf der Arbeiten

Die Kommission für Bau und Verkehr (KBV) ist am 15. April 2021, von 13:30 bis 18:15 Uhr, im Grossratssaal, Grand Pont 4, in Sitten zusammengetreten.

### Kommission KBV

Mitglieder	Vertreten durch	15.04.2021
CARRON Florentin, PDCB, Präsident	Entschuldigt	
CRETENAND David, PLR, Vizepräsident		X
BAGNOUD Aristide, PDCC		X
BARRAS Lucien, Les Verts		X
CLERC Charles, UDCVR		X
D'ANDRES Grégory, PLR		X
EYER JAGGY Barbara, AdG/LA	Entschuldigt	
FUX Sandro, SVPO		X
IMBODEN Reinhard, CVPO		X
LAUBER Anton, CSPO		X
METRAILLER Robert, AdG/LA	ANCA Y Tarcis	X
MONOD Julien, PLR		X
RAUSIS Joachim, PDCB	MARQUIS David	X

### Parlamentsdienst

PORCELLANA Diane, wissenschaftliche Mitarbeiterin

### Kantonsverwaltung

#### DFE

SCHMIDT Roberto, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE)

THEYTAZ Isabelle, Controllingverantwortliche beim DFE

VENETZ Philippe, Kantonsarchitekt, Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB)

JORDAN Philipp, Architekt – Chef der Sektion Investition der DIB

BAZZU Kirianne, Adjunktin des Dienstchefs DIB und Chefin des Kompetenzzentrums FIGI

**DMRU**

MELLY Jacques, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)

MOIX Daniel, Controllingverantwortlicher beim DMRU

ZUMSTEIN Adrian, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes des DMRU (VRDMRU)

DUROUX Rachel, Adjunktin und Chefin der juristischen Sektion

KATIC Patricia, Chefin der Sektion kantonales Bausekretariat und Baupolizei

DUBUIS GSCHWEND Virginie, Sachbearbeiterin, Verantwortliche Administration, HR, Finanzen und Controlling

PELLISSIER Vincent, Chef der Dienststelle für Mobilität (DFM)

KARLEN Anton, Adjunkt des Dienstchefs, DFM

RUDIN Jacques, Adjunkt des Chefs der Sektion Personal-Verwaltung-Finanzen bei der Dienststelle für Mobilität

PANCHAUD Nils, Chef der Dienststelle Gebietseinheit III

HUTTER Martin, Chef der Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB)

ARBORINO Tony, Chef der Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWSR)

VENETZ Philippe, Kantonsarchitekt, Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe (DIB)

**FIKO**

CLERC Mathieu, Les Verts

**GPK**

FAUCHERE Cyrille, UDC

## Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Dies ist das erste Rechnungsjahr für die DIB innerhalb des DFE. Der Departementsvorsteher informiert über die Anpassungen, die innerhalb der DIB vorgenommen wurden, um die Kontrolle und die Verwaltung der Investitionen und des Immobilienparks des Staates zu stärken. Mit dem Projekt zur Reorganisation des Abwärtsdienstes können einige Stellen für andere Aufgaben eingesetzt werden. Im Jahr 2020 wurde der Schwerpunkt auf die kommunalen Bauinventare gelegt. Aufgrund der Coronapandemie kam es bei der DIB zu Verzögerungen, die aber laut Dienstchef wieder aufgeholt werden können. Mehrere Abweichungen erklären sich durch buchhalterische Anpassungen im Zuge der Einführung des Fonds FIGI.

<b>Elemente</b>		<b>Kommentare</b>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
Eventuelle Bemerkungen: --		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p><b>IND ad1 2 Anzahl der veröffentlichten Seiten «bauliches Erbe»:</b> Die geplante Anzahl Seiten wurde nicht erreicht, da sich die DIB auf die Analyse der von den Gemeinden im Rahmen Bauinventare erstellten Inventarblätter konzentriert hat.</p> <p><b>IND ad2 7 Anzahl der pro Jahr begleiteten Heimatschutzdossiers:</b> 1'318 von 1'519 Dossiers betreffen Objekte ausserhalb der Bauzone.</p>		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p><b>Rubrik 42:</b> Da der FIGI keine eigenständige juristische Person ist, zahlt die DIB die Personalkosten im Zusammenhang mit den FIGI-Leistungen und belastet diese dem Fonds. Während die Kosten für die DIB-Sektionen, die ausschliesslich für den FIGI arbeiten, problemlos weiterverrechnet werden können, erfolgt die Aufteilung für die anderen Sektionen im Verhältnis zu den geleisteten Stunden. Vor dem Inkasso verrechnet die DIB den betreffenden Dienststellen eine Vorfinanzierung von 3 Prozent für die Löhne und Infrastrukturen der DIB. Auf Ebene der Baustellenabrechnungen werden die Baustellenkosten verrechnet und auf dem Baukonto des vom Staat finanzierten Bauvorhabens verbucht. Dieses Vorgehen soll das finanzielle Gleichgewicht des FIGI gewährleisten.</p> <p><b>Rubrik 50:</b> Die DIB verfügt über verschiedene Finanzierungsmodi: ordentliche Staatsfinanzierung, Fonds FIGI, Fonds für den Heimatschutz usw. Die Art des Projekts bestimmt den Finanzierungsmodus. Der Fonds FIGI kann nur für staatliche Infrastrukturen verwendet werden. Die Renovation historischer Gebäude wird über den Fonds für den Heimatschutz finanziert.</p>		

<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
- Die Differenz zwischen der Rechnung 2019 und der Rechnung 2020 erklärt sich durch den Wechsel des kantonalen Amtes für Archäologie zur Dienststelle für Kultur des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur.		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u>		
<b>Illegale Vergabe der Malerarbeiten für den Energypolis-Campus:</b> Die DIB räumt ein, dass sich unter den rund 6'000 Vergaben pro Jahr manchmal Fehler einschleichen können. Was die Beschwerde <sup>1</sup> des Staatsrates gegen den Entscheid des Kantonsgerichts vom 8. Februar 2021 (A1 20 82) anbelangt, so war sich der Staatsrat durchaus bewusst, dass sie vom Bundesgericht für unzulässig erklärt werden könnte. Er wollte wissen, ob er überhaupt beschwerdeberechtigt ist. Ein Kommissionsmitglied will wissen, ob dem Staat im Rahmen der nächsten Revision des Gesetzes betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen die Beschwerdeberechtigung eingeräumt werden sollte. Die DIB erklärt, dass eine solche Änderung im übergeordneten Recht vorgenommen werden müsse. Die Dienststelle war überrascht, dass das Kantonsgericht zum Schluss gekommen ist, dass die beiden Arbeitsgemeinschaften für die Umbauarbeiten nicht qualifiziert waren.		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022):

Für die kommenden Rechnungen sollte unter der Rubrik «Erklärung der finanziellen Unterschiede» der Stand der zur Finanzierung der DIB verwendeten Fonds per 31.12. angegeben werden.

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --

## Fonds FIGI

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Der Departementsvorsteher erinnert einleitend an die im Rahmen der Einführung des Fonds FIGI umgesetzten oder lancierten Projekte, wie die vom Staatsrat gutgeheissene Fakturierung der Mieten und Nebenkosten an die Nutzer und die Digitalisierung der Pläne der prioritären Bauten. Der Departementsvorsteher zeigt sich erfreut, dass es sich beim ersten über den Fonds FIGI finanzierten Objekt um den «Musikstall» im Kollegium in Brig handelte.

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		

<sup>1</sup> [http://relevancy.bger.ch/php/aza/http/index.php?highlight\\_docid=aza%3A%2F%2Faza://12-03-2021-2D\\_15-2021&lang=fr&zoom=&type=show\\_document](http://relevancy.bger.ch/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2Faza://12-03-2021-2D_15-2021&lang=fr&zoom=&type=show_document)

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> --		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Im Rahmen des Budgets 2021 wurde die Einführung neuer Indikatoren gefordert (insbesondere in Bezug auf die Einhaltung der Fristen und Kosten der Baustellen sowie die Energieeffizienz der Gebäude). Sie werden für die nächste Rechnung verfügbar sein.		

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p><b>Erreichen der Obergrenze von 500 Millionen Franken bis 2025:</b> «Die Fiko weist ebenfalls darauf hin, dass bis 2025 die Obergrenze von Fr. 500 Mio. erreicht sein wird. Sie ist besorgt über die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die künftigen Investitionen.»<sup>2</sup> Die DIB erklärt, dass diese Obergrenze nie erreicht wird, da der Fonds FIGI nach der Fertigstellung der Objekte mit den Mieten der Nutzer gespeist wird und anschliessend neue Vorhaben gestartet werden können. Das Inkasso bei den Nutzern betrifft nicht nur Neubauten, sondern auch die Investitionen: Gebäudeunterhalt, Abschreibung und Nebenkosten.</p> <p><b>Rubrik 52:</b> Die Energie wird bei bestimmten Fachwerkzeugen, beispielsweise auf Ebene der strategischen Werkzeuge berücksichtigt.</p>		

5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> --		

6. Zusätzliche Informationen		
------------------------------	--	--

<sup>2</sup> Vgl. Finanzkommission des Grossen Rates, Bericht zum Budget des Staates Wallis für das Jahr 2021, zur integrierten Mehrjahresplanung (IMP) 2021–2024 und zum Fonds FIGI, S. 51.

Bemerkungen:

**Finanzplanung Aufwand/Ertrag** «Die Fiko verlangt von der Regierung zur Rechnung 2020 eine Finanzplanung, die die Auswirkungen der bedeutenden Investitionen des Fonds FIGI auf den Aufwand und Ertrag der Erfolgsrechnung des Staates aufzeigt.»<sup>3</sup> Dies wird schrittweise umgesetzt. Die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen werden im Rahmen der Vorlagen zuhanden des Grossen Rates aufgezeigt (in der Botschaft).

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --**

## Verwaltungs- und Rechtsdienst des DMRU

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
<b>PZ2 TZ1 und TZ2:</b> Je nach Kompetenz (Kanton oder Gemeinde) sind unterschiedliche Sekretariate zuständig (KBS oder Sekretariat KBK).		
<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>PZ2 PM ad1 1</b> <i>Initialisierung bzw. Entwicklung der kantonalen Informatik-Plattform für die elektronische Verwaltung von Baugesuchen (eConstruction):</i> Derzeit wird das Programm eConstruction als Fachprojekt betrachtet. In den verschiedenen Arbeitsgruppen und Pilotprojekten sind insbesondere Gemeindevertreter tätig. 2021 werden wahrscheinlich zusätzliche VZE für spezifische Aufgaben beantragt werden.		
<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	

<sup>3</sup> Vgl. Finanzkommission des Grossen Rates, Bericht zum Budget des Staates Wallis für das Jahr 2021, zur integrierten Mehrjahresplanung (IMP) 2021–2024 und zum Fonds FIGI, S. 51.

Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	--	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
<p><b>Rubrik 42:</b> Das kantonale Bausekretariat hat insgesamt 3'378 Dossiers behandelt (+197 Dossiers im Vergleich zu 2019). Es gab weniger Dossiers in der Zuständigkeit der Gemeinden, dafür aber mehr in der Zuständigkeit des Kantons. Die durchschnittliche Gebühr belief sich auf 1'270 Franken für die Dossiers in der Zuständigkeit der Gemeinden und auf 436 Franken für jene in der Zuständigkeit des Kantons. Folglich sind die Gebühreneinnahmen trotz steigender Dossierzahlen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, was auf die unterschiedliche Höhe der Gebühren zurückzuführen ist. Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, ob dies zu finanziellen Schwierigkeiten für den VRDMRU führen könnte. Sollte diese Situation andauern, könnte dies Auswirkungen auf die Einnahmen haben. Der VRDMRU klärt gegenwärtig ab, wie die Praxis in den anderen Kantonen aussieht.</p> <p><b>Rubrik 50:</b> Infolge der Einführung des Steuerungskonzepts für das Programm eConstruction wurden die vorgesehenen Investitionen nicht vollumfänglich getätigt.</p>		

<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
<p><b>Personalfuktuation im VRDMRU:</b> Die Fluktuation der letzten Jahre erklärt sich teilweise durch verwaltungsinterne Versetzungen. 2020 belief sich die Langzeitkrankenquote auf rund 1,5 Prozent des Personalbestands, während die verwaltungsinternen Versetzungen 12,7 Prozent ausmachten.</p> <p><b>Angliederung der Juristen der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW):</b> Die DJFW nahm den VRDMRU wenig in Anspruch, da der ehemalige Dienstchef ausgebildeter Jurist war. Es läuft eine Auswertung, um den Prozentsatz zu ermitteln, der für die DJFW eingesetzt wurde. Es laufen Gespräche zwischen dem VRDMRU und dem DSIS hinsichtlich einer allfälligen Integration dieses Prozentsatzes in den Juristenpool.</p>		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u>		
<p><b>Auswirkungen von Covid-19:</b> Im Jahr 2020 haben sich nur wenige Mitarbeitende des VRDMRU infiziert. Dank der teilweisen Digitalisierung mussten die Mitarbeitenden nur einmal pro Woche ins Büro kommen, um die Dossiers in Papierform zurückzubringen/zu holen. Die Mitglieder der Direktion und das Schalterpersonal haben allerdings Präsenzdienst geleistet. Es gab keine Verzögerungen bei der Bearbeitung der Anfragen oder der Dossiers.</p> <p><b>Laufende Gesetzesrevisionen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Baugesetz (Ablauf der Referendumsfrist: 10. Juni 2021)</li> <li>- Kantonales Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau (Behandlung durch den Grossen Rat in der Sptembersession 2021)</li> </ul>		

- Gesetz über den öffentlichen Verkehr (Vernehmlassung geplant für Sommer 2021, beinhaltet die Revision des Gesetzes über den Freizeitverkehr)
- Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (Vernehmlassung geplant im zweiten Halbjahr 2021)
- Gesetz über die Georessourcen (Vernehmlassung geplant für Herbst 2021)
- Teilrevision des Strassengesetzes (Vernehmlassung geplant für Sommer 2021)

Was die Jagd anbelangt, muss die Revision der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV) abgewartet werden, bevor der kantonale Rechtsrahmen angepasst wird.

**Aufsicht über die Gemeinden:** 61 Fälle sind offen oder hängig. Es handelt sich hauptsächlich um Anzeigen Dritter. Der VRDMRU weist darauf hin, dass es manchmal zu Anzeigen kommt, nachdem Klagen vor Gericht abgewiesen wurden. Was die Gemeinde Bagnes anbelangt, so hat das Bundesgericht am 14. April 2021 mitgeteilt, dass die Beschwerde der Gemeinde gegen den Entscheid des Staatsrates vom 27. Mai 2021 unzulässig ist.

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --**

## Dienststelle für Mobilität

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
-----------------	-------------------

<b>1. Politische Ziele und Teilziele</b>	
Eventuelle Bemerkungen: --	

<b>2. Prioritäre Massnahmen</b>	
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>	

<b>3. Leistungsindikatoren</b>	
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>	
<b>PZ1:</b> Die neuen Indikatoren werden im Budget 2022 erscheinen.	

<b>PZ1 IND ad2 10 Anzahl der während des Jahres deklassierten Strassenkilometer.</b> Die Gemeindepräsidenten wollten die Übernahme der deklassierten Strassen noch vor Ende der Legislaturperiode abschliessen. Der Dienstchef bestätigt, dass die Entschädigungen diese Übernahme erleichtert haben. Dies waren jedoch «einfache» Strassenkilometer. Inskünftig dürfte es komplizierter werden.		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <p>Die Schaffung der Fonds und der Dienststelle Gebietseinheit III hat gemäss Dienstchef die Lesbarkeit der Rechnung 2020 nicht gerade erleichtert. Zwischen dem Budget 2020 und der Rechnung 2020 werden zahlreiche Elemente unterschiedlich verbucht, wie beispielsweise die Einnahmen im Zusammenhang mit den SHS, die in der Rechnung 2020 unter der Rubrik 451 anstatt unter der Rubrik 630 verbucht werden. Ab dem nächsten Jahr wird die Schaffung der Dienststelle Gebietseinheit III keine Auswirkungen mehr auf Rechnung und Budget der Dienststelle für Mobilität haben.</p> <p>Kantonsstrassenfonds:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- SHFSF: wird ausschliesslich für die Schweizerischen Hauptstrassen verwendet</li> <li>- LSVA: wird für die Kantonsstrassen, die nicht zu den Schweizerischen Hauptstrassen zählen, und für den Verkehr verwendet</li> <li>- RTEC: wird für die Kantonsstrassen und die Agglomerationsprojekte verwendet</li> </ul>		

<b>5. Personal</b>		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> <p>Im nächsten Jahr werden rund 100 Stellen nicht mehr bei der Dienststelle für Mobilität verbucht. Ohne das Personal des Verkehrsbereichs sind es 240 Mitarbeitende, die für 1'700 Strassenkilometer zuständig sein werden. Zum Vergleich: Die Dienststelle Territorialeinheit III verfügt über 100 Mitarbeitenden für 180 Strassenkilometer. Der Dienstchef weist darauf hin, dass die Dienststelle für Mobilität angesichts des Arbeitsvolumens personell unterdotiert ist.</p>		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u> <p><b>PostAuto-Affäre:</b> Alles wurde 2019 abgerechnet, daher hat diese Affäre keine Auswirkungen auf die Rechnung 2020.</p> <p><b>Auswirkungen von Covid-19:</b> Die Dienststelle hat mit dem Nachtragskredit von 27,3 Millionen Franken mehr ausgegeben, als im Budget 2020 vorgesehen war. Die Umsetzung der Vorhaben in geschlossener Umgebung wurde aufgrund der Gesundheitsmassnahmen verlangsamt. Der ÖV hat aufgrund der tiefen Passagierzahlen schwere Verluste (geschätzte Mindereinnahmen von 39 Millionen Franken) eingefahren. Der Einnahmeausfall konnte durch die gemeinsamen Rückstellungen der Verkehrsunternehmen kompensiert werden. Da die Unternehmen ihre Reserven bereits aufgebraucht haben, wird dem Grosse Rat im Jahr 2021 ein Nachtragskredit (rund 3 Mio. Franken) beantragt werden. Der Rückgang der Passagierzahlen war im französischsprachigen Wallis weniger ausgeprägt, da der ÖV dort in erster Linie für den Alltags-Berufsverkehr genutzt wird. Im Oberwallis war der Rückgang stärker, da der ÖV dort vermehrt</p>		

für den Tourismusverkehr genutzt wird. Was die Auswirkungen auf den Langsamverkehr anbelangt, so hat das Velo (insbesondere E-Bikes) einen eindrücklichen Aufschwung erlebt.

**Unwetterbedingte Strassenschäden:** Anlässlich des Budgets 2020 hatte die Dienststelle angegeben, dass zwischen 8 und 10 Millionen Franken für unwetterbedingte Strassenschäden budgetiert worden waren. Ein Kommissionsmitglied will wissen, ob es möglich ist, die Ausgaben für Unvorhergesehenes zu überwachen, um mehr Transparenz zu schaffen. Die Dienststelle wird die Anfügung einer Rubrik «Unwetter» im Budget 2022 vorschlagen, die es ermöglichen wird, die unwetterbedingten Ausgaben zu überwachen. Sie weist zudem darauf hin, dass die Ausgaben aufgrund von Unwetter-Schadensmeldungen getätigt werden. Die Dienststelle versichert, dass die kantonale Finanzverwaltung und das kantonale Finanzinspektorat bei der Rechnungsprüfung ein besonderes Augenmerk auf die Rückverfolgbarkeit dieser Ausgaben legen.

**Moderne Züge im Wallis:** Bombardier ist mit der Auslieferung der neuen Züge rund 10 Jahre im Verzug. Im Dezember 2021 wird das Wallis vier zusätzliche neue Züge erhalten. Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass die neuen Züge dank der Anpassung des Netzes bereits 2018, also sechs bis acht Jahre früher als ursprünglich geplant, durch das Wallis gerollt sind.

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022):

Um die Transparenz und die Übersichtlichkeit zu erhöhen, sollte in den kommenden Rechnungen und Budgets angegeben werden, was mit dem Langsamverkehr zusammenhängt. Der Departementsvorsteher informiert die Kommission darüber, dass mit der Einführung des Begriffs «Alltagslangsamverkehr» im Rahmen der nächsten Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr eine dem Langsamverkehr gewidmete Produktegruppe geschaffen wird. Momentan kann die Dienststelle der Forderung nicht nachkommen, da der Langsamverkehr noch in der Zuständigkeit der Gemeinden liegt.

## III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen

Leistungsauftrag der Dienststelle: --

## Dienststelle für Nationalstrassenbau

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Einleitend gibt der Dienstchef einen Überblick über den Fortschritt auf den verschiedenen Teilstrecken.

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
-----------------	--	-------------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
Ende 2025–2026 sollte die Autobahn A9 bis Leuk offen sein.		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Non	

Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>PM ad1 1 (P1101 Siderts Ost–Leuk):</b> Das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation hat das Plangenehmigungsverfahren für die Autobahn A9 durch den Pfywald abgeschlossen und das Projekt genehmigt (Einsprachefrist von 30 Tagen). Sobald die Einsprachen bereinigt sind, können die Ausschreibungen gestartet werden. <b>PM ad1 6 (P1103 Gampel–Visp West):</b> Es sind Einsprachen betreffend den Rastplatz eingegangen. <b>PM ad1 5 (P1103 Gampel–Visp):</b> Aufgrund von Covid-19 wurden die Teile für die Aussteifungen verspätet aus China geliefert. Ein Kommissionsmitglied will wissen, warum die Metallteile aus China und nicht aus Europa kommen. Es wird ihm geantwortet, dass das DMRU den beauftragten Unternehmen keine Lieferanten aufzwingen kann. Wenn die Unternehmen eher in China als in Europa einkaufen, hat das mit dem Preis zu tun.		

<b>3. Leistungsindikatoren</b>		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> --		
<b>4. Finanzressourcen</b>		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	--	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> --		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: --		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u> - Die Nordröhre des Tunnels in Visp ist unidirektional. - Mit dem Bau von gedeckten Einschnitten auf verschiedenen Abschnitten sollen die Natur (Renaturierung) geschützt und die Lebensqualität (Reduktion der Lärmbelastigung) erhalten werden.		

## II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --

### III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --

## Dienststelle Hochwasserschutz Rhone

### I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Die Dienststelle Hochwasserschutz Rhone übernimmt vom kantonalen Amt Rhonewasserbau die Durchführung der 3. Rhonekorrektur. Sie übernimmt aber auch die Aufgaben im Zusammenhang mit «Rhone und Genfersee» von der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (Unterhalt der Flussufer, Festlegung und Auflage der Gefahrenzonen, Bauvormeinungen usw.).

Elemente		Kommentare
----------	--	------------

1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: --		

2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>MP ad1 2</b> <i>Prioritäre strategische Bundesdossiers, die durch den Staatsrat via Departemente geleitet und überwacht werden: Schutz gegen Naturgefahren, insbesondere neuer Rahmenkredit R3:</i> Auf Bundesebene wird an der Harmonisierung der Rechtsgrundlagen der verschiedenen Sektoralpolitikbereiche gearbeitet. Auf kantonalen Ebene wird vermehrt auf eine dienststellenübergreifende Zusammenarbeit gesetzt, um bei widersprüchlichen Interessen eine Lösung zu finden.		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>IND ad2 9</b> <i>Bau einer Hydrologiehalle im Wallis (EPFL/KAR3):</i> Die EPFL ist daran interessiert, Tests im Wallis durchzuführen, da der Rhonewasserbau ein komplexes Unterfangen ist. Ursprünglich wollte sie eine Halle, um die Staudämme zu studieren, jetzt um die Fliessgewässer zu analysieren. Die Anlagen und die Tests sind kostspielig, aber der Kanton könnte sich als Kompetenzzentrum profilieren. Die Gespräche mit der EPFL werden fortgesetzt und die Suche nach geeigneten Standorten läuft.		
4. Finanzressourcen		

Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	--	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> <b>Finanzielle Aufschlüsselung Rhone 3:</b> Die Eisenbahnkonzessionäre haben im April 2021 vor dem Bundesgericht obsiegt. Ihre Beiträge von 6 Prozent werden nicht auf die Gemeinden abgewälzt (Beteiligung von 2 Prozent). Ein Szenario wäre, dass der Kanton (Beteiligung von 27 Prozent) diese Beteiligung übernimmt. Die Eisenbahnkonzessionäre sind allerdings nicht grundsätzlich gegen eine Beteiligung. Der Kanton wird also mit ihnen verhandeln, bevor er einen neuen Aufteilungsschlüssel festlegt. Ein Kommissionsmitglied will wissen, ob die Beteiligung anderer Unternehmen denkbar wäre. Der Departementsvorsteher antwortet, dass man damals die Walliser Unternehmen nicht zur Kasse bitten wollte. Freiwillige Beiträge, wie beispielsweise jener der Mobilier (1 Million Franken), sind allerdings möglich. <b>Rubrik 50:</b> Der Departementsvorsteher erklärt, dass dieses Filtersystem und die Filteranlage für das Grundwasser komplementär und notwendig sind. Ohne die ehemalige Deponie Gamsenried wäre die Filteranlage nicht nötig gewesen. Es laufen Gespräche mit der Lonza hinsichtlich der Übernahme der Kosten der Filteranlagen.		

<b>5. Personal</b>		
Eventuelle Bemerkungen: --		

<b>6. Zusätzliche Informationen</b>		
<u>Bemerkungen:</u> <b>Risiken Generelles Projekt GP-R3:</b> Eine Blockierung/Verzögerung der Arbeiten oder Infragestellung des GP-R3 könnte folgende Konsequenzen nach sich ziehen: Vom Bauverbot in der roten Zone könnte nicht mehr abgewichen werden, der Rahmenkredit des Bundes (1 Milliarde Franken) wäre hinfällig und der erhöhte Beitragssatz (+20 % BAFU) käme nicht mehr zur Anwendung. <b>Filteranlagen Sektoren Lalden/Brigerbad:</b> Der Departementsvorsteher versichert, dass die Benzidinproblematik nach der Sanierung der ehemaligen Deponie der Vergangenheit angehören wird. <b>Laufende oder künftige Arbeiten im Zusammenhang mit den vorgezogenen Massnahmen (VM):</b> VM I Île Falcon, VM I Aproz, VM II Lizerne, VM II Siders Walzwerke, VM II Raron, VM II Blintzinger.		

**II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2022): --**

**III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle: --**

Der Vizepräsident

Der Ad-hoc-Berichterstatte

CRETTENAND David

ANCAY Tarcis